

wonach der Träger der Krone der Sohn des Himmels ist, der vom Hauch eines menschlichen Raids überhaupt nicht berührt werden darf. Gatten Sie das so gemeint, Herr Professor Friedberg?

Nach achtstündiger Sitzung ist am Freitag die erste Lesung des Etats zu Ende geführt worden. Nunmehr hat der Ausschuss für den Reichshaushalt zur ergiebigen Einzelberatung das Wort, und damit diese Arbeit ohne Störung durch das Plenum hintereinander erfolgen kann, sind die Vollziehungen bis zum 20. März vertagt worden.

Der Dauer der Freitagssitzung entsproch nicht auch ihre inhaltliche Schwere. Es ist sehr viel Ueberflüssiges geredet worden, wie das freilich auch von den vorhergehenden Tagen gesagt werden muß. Es fehlt vielen Rednern zu sehr an der Fähigkeit, sich zu konzentrieren und das Notwendige schlicht und eindringlich zu sagen. Es fehlt ferner manchem an der nötigen Selbstbeherrschung, die in der gegenwärtigen Zeit in besonderem Maße eine Forderung des Tages ist. So hatte am Donnerstag der Nationalliberale Dr. Stresemann ohne irgendwelche Notigung eine Verteidigung der „Selbstbeherrschung“ in seine wie eine bengalisch beleuchtete Fontäne dekorativ dahinsprudelnde Rede eingeflochten, obwohl er sich doch sagen mußte, daß eine solche Herausforderung die Vertreter der Gewerkschaften auf den Plan rufen mußte. Es war zwar gegen Ende der Beratung, als Genosse Legien die erforderliche kurze Antwort gab. Aber das hielt die Freunde der Gelben, den Vertreter der Deutschen Fraktion A. R. Endt, den Konservativen Westarp und den Nationalliberalen Stresemann nicht davon ab, in ausführlichen Gegenreden darauf zu antworten. Es hielt sie auch die ernste Zeit, die volle Geschlossenheit der inneren Front erfordert, nicht davon zurück, besonders nicht die Herren Endt und Westarp, ihrer feindseligen Abneigung gegen die Arbeiterorganisationen im Stile des Botschafters bereiten Ausdruck zu geben. Sie mußten sich von dem Vertreter der christlichen Gewerkschaften, dem Abgeordneten Behrens, in einer temperamentvollen Rede sagen lassen, daß sie von diesen Dingen nichts verstehen, und daß sie die Arbeiter ihre Angelegenheiten selbst regeln lassen sollen. Auch der Zentrumsarbeiter Schiffer-Borken äußerte sich in dem gleichen Sinne: die liebevolle Behandlung der Gelben rühre an einen sehr empfindlichen Ehrenpunkt der organisierten Arbeiter aller Gruppen. Was sich hoffentlich auch die Vertreter der erkrankten Regierungen, in erster Linie der Patron der Gelben in der Reichsleitung, der Unterstaatssekretär Richter, zur ersten Mahnung dienen lassen!

Von den Rednern der sogenannten zweiten Garnitur, die zur eigentlichen Etatsberatung am Freitag noch zu Wort kamen, verdient lediglich der Abgeordnete Kaufmann als Sprecher der fortschrittlichen Volkspartei eine Hervorhebung. Herr Kaufmann ist die Gabe einer blendenden Beredsamkeit verjagt. Dennoch wußte er das Haus durch den sachlichen Gehalt seiner Ausführungen und durch die nicht alltägliche sprachliche Einkleidung seiner Gedanken in hohem Maße zu fesseln. Die Linke stimmte ihm bis in die Reihen der sozialdemokratischen Fraktion hinein wiederholt lebhaft und kläglich zu, während die Konservativen unter der Wucht der gegen sie geschleuderten Anklagen in betretenem Schamgefühl verbarsteten. Besonders die mißvergnügten Nobilitäten, die sich in der Reichsleitung befinden, die nach jenseitigen Abreden ein Stillsitzen gegeben haben zu dem löblichen Zweck, die Regierung Bethmann Hollweg und Hindenburg in einen Zwiespalt zu bringen, suchten sich eine schonungslose politische Schimpfung gefallen lassen. Graf Westarp suchte dieser Prozedur noch zu entweichen, wenn er auch einige Haare lassen mußte. Seinem Fraktionskollegen v. Graefe dagegen, dem kleinen adeligen Sohn eines großen bürgerlichen Vaters, wurde nichts geschenkt. In einer persönlichen Bemerkung, die von unausweichlichem Schwulst und noch unausweichlicherem, weil durch nichts begründeten Selbstbewußtsein sprotzte, suchte Herr v. Graefe zwar glauben zu machen, daß er von der unbarmherzigen Abreibung nichts gespürt habe. Aber ungeschickt wie dieser Palmjunker nun einmal ist, bewies er nur das Gegenteil von dem, was er wollte.

Der Anschlag der ersten Beratung des Etats war wenig erhebelnd. Sie gab einen Vorgeschmack von der Art der Kämpfe, die uns in den nächsten Jahren bevorstehen, wenn nicht die aus den opfermühtigen Kämpfen an allen Fronten zurückkehrenden Staatsbürger durch ihr erstes Votum nach dem Kriege eine freie Bahn durch das Wirrsal des Parteistreichs der Gegenwart schlagen.

Beschränkte Vollmachten Wilsons

In der Politik Wilsons wiederholt sich das nun hinreichend bekannte Spiel. Die Verantwortung für eine Kriegserklärung kann am wenigsten die Regierung eines demokratischen Staatswesens auf sich nehmen. Auch sie muß danach trachten, ihre Arbeit so zu deckeln, daß der Gegner eines Tages als Angreifer erscheint. So wartet sie auf den Fall, der den hilfreichen Juror der Kriegseidenschaft als politischen Faktor des Tages obenauf bringt. Denn in solchem Stadium fallen den Staatslenkern diktatorische Befugnisse, die sonst als der Antichrist der Demokratie schlechte Zeit haben, als reife Frucht von selbst in den Schoß. Man muß sich dieses Schema auch für die Vorgänge, die sich jetzt in Amerika entwickeln, gegenwärtig halten. Wie sie jetzt stehen, läßt folgendes Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ erkennen:

Der Kongress hat beschlossen, Wilsons Befugnisse darauf zu beschränken, Schutzmaßnahmen für die amerikanische Schifffahrt zu ergreifen, verweigerte ihm aber die Erweiterung seiner Vollmachten. Mehrere New Yorker Morgenblätter verlangen die Kriegserklärung, aber die Regierung erklärt halbamtlich, die Kriegserklärung müsse von Deutschland ausgehen, da Amerika lediglich seine rechtmäßige Schifffahrt zu schützen beabsichtigt.

Was über den Rahmen dieser Meldung hinausgeht, verdient Mißtrauen. So gibt die Agence Havas in Paris folgenden New Yorker „Gerald“-Bericht weiter: „Die Erwartung der Kriegserklärung an Deutschland, die man als nahe bevorstehend betrachtet, verurteilte eine große Vorsicht in den Transaktionen an der Börse. Die Regierungskreise lassen klar erkennen, daß, wenn der Kongress die Vollmachten, die Wilson verlangt, verweigert, dieser ohne die Einwilligung des Kongresses handeln wird.“ Wie mag der „Gerald“ sich solches Handeln wohl vorstellen! In den Vereinigten Staaten läßt sich am allerwenigsten eine Diktatur vom Zaun brechen.

Wird denn aber der Widerstand der Vollmächtsbeschränker überhaupt bis zum Ende durchhalten? Ein Blatt wie der „Petit Parisien“ bringt eine Meldung aus Washington, die der Standfestigkeit der republikanischen Opposition erhebliche Zweifel wirft. Die Meldung ist vom Mittwoch und lautet:

Die Ansicht in maßgebenden offiziellen Kreisen ist, daß die Volkswirtschaft des Präsidenten Wilson äußerst gefährdet sei, weil sie künftig der demokratischen Partei, die sich immer äußerst patriotisch gebärdet habe, eine weitgehende Verantwortung auferlege. Wenn sich in der Tat die Republikaner weigern sollten, dem Präsidenten für sein künftiges Vorgehen das zu gewähren, was sie einem Blankokredit nennen, so würde sowohl ihr Ansehen wie das Interesse der Union darunter leiden. Die Republikaner befinden sich heute in der Notwendigkeit, die Vorschläge der Volkswirtschaft zu unterstützen, die Vollmachten zu gewähren und die vorgesehene hundert Millionen Dollar zu bewilligen. In denselben Washingtoner Kreisen gibt man zu, daß Präsident Wilson nicht weniger habe fordern können als er verlangt habe, weil die Republikaner sonst berechtigt gewesen wären, ihm vorzuwerfen, daß er seinen am 3. Februar bekräftigten Entschluß aufgegeben habe. Präsident Wilson habe nicht mehr verlangen können, weil die Friedensfreunde ihm sicher Schwierigkeiten gemacht hätten. Die allgemeine Ansicht herrscht vor, daß die im Repräsentantenhaus eingebrachte Vorlage über die Kredite für die Bewaffnung von Handelsschiffen in beiden Häusern durchgehen werde.

Es ist allerdings ein Entente-Blatt, das diese seine Chancenrechnung aufmacht, und vorläufig stimmt sie mit den Tatsachen noch nicht überein.

Bewaffnung der Handelsschiffe beschlossen.

Amsterdam, 2. März. Eine hiesige Presseagentur meldet aus Washington, daß das Repräsentantenhaus mit 403 gegen 13 Stimmen beschlossen hat, die amerikanischen Schiffe gegen die U-Boot-Gefahr zu bewaffnen.

Oesterreich und Amerika.

Wien, 2. März. Die Wiener „Allgemeine Zeitung“ meldet: Entgegen Meldungen deutscher Blätter, daß die Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung auf die amerikanische Note betreffend den U-Boot-Krieg bereits dem hiesigen amerikanischen Votschaster übergeben worden sei, verlautet aus bester Quelle, daß das Ministerium des Aeußern nicht vor nächster Woche in der Lage sein dürfte, den Wortlaut der Antwort fertig zu stellen.

Wien, 2. März. Die hiesigen Blätter aus Washington gemeldet wird, hatte der österreichisch-ungarische Votschaster Graf Zarnowsky eine Unterredung mit Lansing, die jedoch nicht amtlichen Charakter trug, da Graf Zarnowsky sein Beglaubigungsschreiben noch nicht überreicht hat. Eine Begegnung mit Wilson hatte der österreichisch-ungarische Votschaster bisher noch nicht gehabt. Die Stellung Zarnowskys ist daher noch ungeklärt.

Budapest, 2. März. Der Vetter Hobd erzählt von Wiener unterrichteter Seite, daß die Krise im Verhältnis zwischen Amerika und Deutschland ungemindert fortbesteht. Wenn auch die lange Dauer der Krise an sich nicht beruhigend wirken kann, so ist doch die Stimmung allgemein, daß man zu ihrer Lösung gelangt ist, wenn Wilson, wie er andeutete, im Zustand bedauerlicher Neutralität verharren will. Nach Ansicht Wiener diplomatischer Kreise ist das Hauptgewicht auf diese Worte Wilsons zu legen. Auch ist zu bemerken, daß es ganz im Nachbereich des Kongresses liegt, den Krieg zu vermeiden. Daß weder die Völler der Mittelmächte, noch das amerikanische Volk einen Zusammenstoß wünschen, kann in Washington nicht angezweifelt werden. Wenn die Union sich entschließen könnte, uns Vertrauen und Verständnis entgegenzubringen, wäre die psychologische und moralische Grundlage für die Aufrechterhaltung des Friedens auch heute gegeben.

Wilson hat vom Kongress Vollmachten erhalten, die ihm freien Spielraum für die Deutung der Zusatztigkeiten im Seebereich gewähren. Aus diesen Vollmachten ist zu ersehen, daß das Verhältnis zur Union nach wie vor höchst kritisch ist. Vielleicht wird die im Laufe der nächsten Woche zu erwartende Antwort Oesterreich-Ungarns an Amerika den Klärungsprozess beschleunigen.

Die amerikanischen Matrosen der Yarrowdale.

Berlin, 2. März. (B. L. Z.) Nach einer Neutermeldung regt man sich angeblich in Amerika darüber auf, daß die amerikanischen Matrosen der Yarrowdale von Deutschland zurückgehalten werden, unter dem Vorwand, daß in ihrem Aufenthaltsort eine ansteckende Krankheit ausgebrochen sei. Hierzu ist mitzuteilen, daß in dem Lager, in dem die Leute von der Yarrowdale untergebracht sind, ein englischer Matrose von der Yarrowdale an Flecktyphus erkrankt ist; eine Zurückhaltung der übrigen Leute, die mit ihm in Berührung waren, ist daher aus gesundheitlichen Rücksichten notwendig geworden. Falls weitere Erkrankungen nicht vorkommen, hofft man die Quarantäne am 7. März aufheben zu können. Der Vertrauensarzt der hiesigen spanischen Votschast hat unlängst Gelegenheit erhalten, die Yarrowdaleleute zu besuchen. Zwei amerikanische Ärzte und zwei Tierärzte, die ebenfalls an Bord der Yarrowdale nach Deutschland gebracht wurden, die aber als Offiziere in einem andern Lager untergebracht waren und somit der Quarantäne nicht unterlagen, haben Deutschland vor einigen Tagen verlassen.

Der Krieg auf den Meeren.

Ein Hollandschiff im Sperrgebiet gewarnt.

Rotterdam, 1. März. Das kleine holländische Zifferfahrzeugs G. O. 24 aus Goeree wurde Mittwoch früh in der Nordsee von einem deutschen U-Boot durch Schüsse angehalten. Der Kapitän des U-Bootes machte das Zifferfahrzeug darauf aufmerksam, daß es sich zu weit von der Küste entfernte, worauf das Fahrzeug nach der Küste zurückfuhr.

Die norwegische Schifffahrt.

Kristiania, 2. März. („Frankf. Ztg.“) „Aftenposten“ meldet aus Bergen: Die ausländische Schifffahrt beginnt von Bergen aus wieder einigermaßen normal in Gang zu kommen. Die meisten der dort vorübergehend aufgelegten Dampfer und Segelschiffe sind heute abgegangen, teilweise bereits in dem Bestimmungshafen, ohne besonderen Schwierigkeiten zu begegnen, angekommen. Mehrere norwegische, in dänischen und

schwedischen Häfen aufgelegte Fahrzeuge sind gleichfalls wieder auf der Fahrt, darunter ein paar große Segler. Es handelt sich jedoch ausschließlich um Amerikasfahrer. Es ist anzunehmen, daß allein die Amerikasfahrten von Norwegen wieder aufgenommen werden, wobei die Fahrten außerhalb des Sperrgebietes gelegt werden.

Verseht.

London, 24. Februar. Die „Times“ gibt folgende Schiffsverluste an: Dampfer Safford (2012 Tonnen), Stahlbarck Inbarcauld (1416 Tonnen) und Motorischer Tacoma.

Lugano, 2. März. Die italienischen Dampfer Prudenza (3307 Gr.-Reg.-Lo.), Cromena (3132 Gr.-Reg.-Lo.), der italienische Segler Assunta V (101 Gr.-Reg.-Lo.) sowie der russische Schoner Wery (178 Gr.-Reg.-Lo.) wurden vermisst.

Groningen, 1. März. „Nieuwe Groeningse Courant“ meldet, daß der Segler Maria Adriana aus Groningen, der am 24. von Havre nach Teignmouth fuhr, wahrscheinlich vermisst ist. Das Schiffe ist nämlich die telegraphische Meldung eingetroffen, daß die Besatzung des Schiffes gerettet und in Havre gelandet ist.

Kristiania, 2. März. Einem Telegramm aus Le Havre zufolge ist der in Kristiania behelmte Dampfer Sjöstad am 28. Februar vor Cap d'Antifer (im Kanal nördlich von Le Havre) durch eine Mine oder infolge eines Torpedoschusses gesunken.

Der italienische Angriff bei Paralovo.

Sofia, 1. März. Bulgarischer Heeresbericht vom 1. März 1917.

Ragabonische Front: Auf der ganzen Front schwache Artillerietätigkeit. Im Ceranabogen nahmen die deutschen Truppen gestern beim Scheitern des italienischen Angriffs fünf Offiziere und 31 Mann vom italienischen Infanterieregiment Nr. 162 gefangen. In der Ebene von Serres Patrouillengefächte. Im Bardarale und an der Struma Fliegerstätigkeit. An der Rumänischen Front Postengeplänkel.

Bern, 1. März. Nach einer Meldung des „Progrès de Lyon“ aus Saloniki belegte ein feindliches Flugzeug die Hauptstadt von Samos, Bathi, mit Bomben. Es sei nur Sachschaden angerichtet worden.

Südamerikanische Bedrängnisse.

Brasilien und das englische Kaffee-Einfuhrverbot.

Madrid, 2. März. („Zest. Ztg.“) Die brasilianische Presse erörtert mit sichtlich Erregung das englische Kaffee-Einfuhrverbot, indem sie betont, daß Kaffee das Gold Brasiliens sei. Man schlägt vor, den aufgeschichteten Kaffee durch Gewinn von Wertschöpfungen verwertbar zu machen, die in Form eines besonderen, nach dem Verkauf des Kaffees einzuführenden Papiergeldes ausgegeben werden sollen. Auch spricht man von einer äußeren Anleihe, die bei den Vereinigten Staaten zu gleichem Zweck aufgenommen werden soll. Die Haupt Hoffnung setzt man vorläufig noch auf diplomatische Schritte.

Seine argentinischen Friedensbestrebungen.

Madrid, 2. März. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, hatte der argentinische Präsident mit den Vertretern der südamerikanischen Staaten verschiedene Besprechungen über die durch die Ausbreitung des Tauchbootkrieges der Schifffahrt entstandenen Schwierigkeiten. Das Gerücht, daß bei diesen Unterredungen Argentinien die Absicht kundgegeben habe, Friedensverhandlungen anzubahnen, wird demontiert.

Zustangriff auf die englische Ostküste.

London, 1. März. Amtlich. Um 9 Uhr 30 Minuten morgens warf ein feindliches Flugzeug einige Bomben auf Broadstairs. Eine Frau wurde leicht verletzt. (Broadstairs liegt nördlich Dover am Eingang zur Bucht der Themsemündung.)

Berlin, 2. März. Amtlich. Deutsche Wasserflugzeuge haben am 1. März vormittags auf die in den Downs liegenden Handelsdampfer und die Bahnhofsanlagen von Ramsgate insgesamt 21 Bomben mit beobachtetem guten Erfolge geworfen. Sämtliche Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt.

Englisches Flugzeug landet in Holland.

Amsterdam, 2. März. Gestern landete in Cadzand ein englisches Flugzeug aus Dinkirchen, das von Schrapnells angefahren war. Das Flugzeug überschlug sich bei der Landung. Der Pilot blieb unverletzt und wurde interniert.

Die Räumung der Ancrestellung.

Bern, 2. März. Zur Räumung der Ancrestellung schreibt das „Journal de Genève“: Die Engländer scheinen durch die Rückwärtsbewegung des Feindes überrascht worden zu sein. Sie haben sie nicht vorausgesehen, nicht erkannt, noch ausweichen können, machten keinen Gefangenen, während sie selbst solche verloren. Der Rückzug ist sehr gut ausgeführt. Es ist möglich, daß er die Aufgabe der Engländer nicht erleichtert, die jetzt gezwungen sind, Stellungen anzugreifen, welche sie nicht erkundeten.

Gang, 2. März. Der militärische Mitarbeiter des „Nieuwe Courant“ schreibt: Die Engländer schreiben den deutschen Rückzug an der Somme ihrer Uebermacht, ihrer Initiative und Hartnäckigkeit zu, und inzwischen reiben sie sich die Augen, denn sie stehen an der Front vor einer unbekannt neuen Erscheinung und fragen erstaunt nach den Beweggründen des Rückzuges.

Englischer Heeresbericht vom 1. März. Im Februar haben wir 2133 Deutsche zu Gefangenen gemacht, darunter 88 Offiziere. Folgende Dampfer wurden von uns entweder genommen oder uns durch den Rückzug der Deutschen überlassen: Eign, Tilsch, Thiloybarque, Marlencourt, Pds, Miraumont, Petit-Miraumont, Grandecourt, Puffieux-au-Mont, Serre, Commeccourt. Der Feind überläßt uns weiter Gelände an der Ancre. Nördlich von Miraumont wurde unsere Linie heute auf einer Front von 1 1/2 Meilen durchschnittlich 600 Yards vorgeschoben.

Heute morgen liehen wir südlich von Souchez Gas ab und machten im Anschluß daran einen Angriff, bei dem wir Gefangene machten. Eine englische Abteilung drang in die Gräben nördlich von Ewensky-leg-la Vasse ein und machte neun Gefangene. Unter Deckung schweren Artilleriefeuers gelang es feindlichen Abteilungen, letzte Nacht in unsere Gräben in der Nähe von Ablaincourt und Rancourt einzudringen, sie wurden aber an beiden Stellen durch unseren Gasangriff wieder herausgeworfen. Einige Mann werden vermisst. Im Abschnitt von Sporn war heute die beiderseitige Artillerietätigkeit beträchtlich.

Was Deutschlands Glocken erzählen.

Eine der jüngsten Bundesratsverordnungen gibt der freiwilligen Ablieferung sowie der Beschlagsnahme der Bronzeglocken, wobei auf die kirchlichen Bedürfnisse sowie auf künstlerische und geschichtliche Werte billige Rücksicht genommen werden soll.

Unabhängig war man demüßigt, größere und wohlklingendere Glocken zu gießen. Schon zu Ende des 13. Jahrhunderts galt es als Regel, daß eine Glocke drei harmonische Töne von sich gebe: den Grundton am Schlag und die Quinte der Oktave am Hals, der großen oder kleinen Terz oder auch Quarte an der Flanke.

Unter allen kirchlichen Gefäßen ist wohl keines dem deutschen Volke in dem Maße zu etwas Lebendigem und Persönlichem geworden, wie die Glocke, und mit richtigem Instinkt hat Schiller an diese Gefäß angeknüpft. Schon der Umfang, daß die Weiße der Glocke sich zu einer Taufe entwickelte, beweist, daß das Volk sich diese tönende Stimme durchaus vernünftig dachte.

So lebten die Glocken mit allem und mit allen, und ein reiches Gefühl sinnvoller Glockentöne umrankte diesen Nutzer in luftiger Höhe. Darin fehlt eine gewisse Anzahl von Motiven wieder, in denen es sich deutlich spiegelt, daß die Glocke dem Volke ein lebendiger, menschliches Wesen war.

wurde, noch nirgends erbracht worden ist. Reiz und Poesie der Glocken wird höchlich durch die Inschriften vermehrt und vervollständigt, durch die sie geziert zu werden pflegten. Diese Inschriften rühmten die Tugenden der Glocke, die sie gern mit ihrem Namen in Verbindung bringen, oder es sind Schutzherrschaften, durch die man die gäuberrische Kraft der Glocke gegen Wetter und böse Geister zu verhüten meinte, oder es sind geschichtliche Gedenkschriften.

„Die Kammerwahl“ von M. Keemlich und H. Kienzl im Charlottenburger Schillertheater.

Die unlängst verstorbene Romanschriftstellerin Mite Keemlich, die mit Kienzl zusammen diese Lustspiele nach dem 1882 erschienenen, in Kumanien oft getitelten „Verlorenen Brief“ von Caragiules verfaßte, hat als Gattin des Leibarztes der rumänischen Königsfamilie in Bukarest die elenden politischen und sozialen Verhältnisse des Landes aus vielfältiger eigener Anschauung kennen gelernt.

Das Schwaben — Buchausgabe bei G. Müller in München — selber arbeitet in seiner Schilderung der Präzedenzfälle und politischen Verimpfung leider mit recht abgegrauten Vorkenntnissen. Einzig die schonungslos satirische Absicht, nicht der satirische Witz und schillernde Erfindungsreichtum erinnern an den Pöggelischen „Revisor“, die laienliche Verhöhnung des stammverwandten russischen Beamtenums. Der Distriktspräsident einer Provinzialstadt, der seinen Polizeiwachmeister bei den politischen Gegnern herumpionieren läßt, erfährt, daß der oppositionelle Kandidat in den Besitz eines galanten Briefchens gelangt ist, das er an die Gattin eines Mitgliedes der Regierungspartei geschrieben, und daß das Schriftstück vor dem Wahltag veröffentlicht werden soll!

Ein Opfer der Kriegsverrücktheit.

Während die Kriegspöhsche, die zu Beginn des Weltkriegs naturgemäß bei allen Beteiligten mehr oder weniger merkbar einsetzte, bei uns schnell rein praktischen Erwägungen Platz machte und anstelle des Wortes die Tat trat, arbeitete man bei den Alliierten nach wie vor mit den selbstsamsten Mitteln, die nur sehr schmeicheltüchtig als in das Gebiet der Kriegspöhsche gehörend zu bezeichnen sind.

„Diese Geschichte“, schreibt „L'Europe“, „machte der Phantasio ihres Erfinders alle Ehre, weniger jedoch der Wachsamkeit der Polizei. Die letztere erklärte zwar wahrheitsgemäß, daß die ganze Sache ein ebenso geschnitztes wie dummer Schwindel sei, aber da die Fabel einmal erzählt worden war, konnte man sie nicht mehr vernichten. Besonders die Schüler hielten es natürlich für ihre heldenhafte Pflicht, Gegenmaßnahmen hinsichtlich dieser angeblichen Tüte zu ergreifen. In einer Schule zeigten sich die Jünglinge besonders energisch, indem sie eine wehrhafte Liga gegen die giftigen Phantome gründeten. Sie organisierten Patrouillen, die von 6 Uhr abends rings um die Schule schlichen, um einen der in Rede stehenden Teufel zu fangen. Das Wunderbarste an der Geschichte ist, daß die Patrouillen wirklich einen erwischten. Ohne auf seine Proteste zu hören, fielen sie über ihn her und blauten ihn tüchtig durch. Am nächsten Morgen aber erschien der Schulinspektor und veranfaltete nun seinerseits einen Befragungsprozess durch die Klassen, um die Gelder festzustellen. Zahlreiche Beulen, blaue Flecke und Schwämmen zeigten, daß nämlich der Schulinspektor das bellagendwerteste Opfer dieser Kriegspöhsche geworden war.“

Zuckergewinnung aus deutschen Bäumen.

Auf eine unausgenutzte, recht ergiebige Zuckerquelle macht der Tharandter Botaniker Prof. F. W. Reger in den „Naturwissenschaften“ aufmerksam: auf den Zucker, der mit dem aufsteigenden Saft in jedem Frühjahr von den Bäumen in die Höhe gepumpt wird. So lange nun die Baumkrone noch unbelaubt sind, tritt der Saft an jeder Verletzung des Stammes zutage und kann aufgefangen werden, was sich viele Völker seit langer Zeit amuge gemacht haben. So sollen in Nordamerika bis zur Einführung der Zuckerrübenkultur jährlich etwa 400 000 Zentner Zucker vom Zuckersack gewonnen worden sein.

Zur Zeit der Kontinentalblockade sind mit Ahornbäumen Jahre hindurch Versuche über Zuckergewinnung angestellt worden, und dabei hat sich herausgestellt, daß tausend Ahornbäume durchschnittlich 100 000 bis 300 000 Liter Zuckersaft ergeben, aus dem 100 bis 300 Zentner Zucker gewonnen werden konnten. Im Jahre 1815 betrug beispielsweise die Zuckermenge der Ahornbäume der gräflich Czernischen Herrschaft Neubus (Böhmen) 587 Zentner Zucker und Stroh, und die Kosten für 1 Pfund Zucker beliefen sich auf 10 bis 12 Kreuzer. Die einzige Schwierigkeit bei der Zuckergewinnung aus dem Saft der Bäume liegt darin, daß ziemlich erhebliche Flüssigkeitsmengen eingedickt werden müssen, und es kommt noch dazu, daß der aufzufangene Zuckersaft nicht lange aufbewahrt werden kann, ohne in Gärung überzugehen. Was die forstwirtschaftliche Seite der Zuckergewinnung aus Baumstamm anlangt, so steht fest, daß das Abschneiden der Bäume durchaus nicht schadet, wenn es sachmännlich angeht; die Wundlöcher müssen richtig angelegt werden, und es dürfen nur Ahornbäume, die über 30 Jahre alt sind, ausgenutzt werden. Durch die protokolllarisch aufgenommene Auslage eines Saugens ist erwiesen, daß ein Ahornbaum jahrelang Zuckersaft liefern konnte, ohne darunter zu leiden. Die Zuckermenge, die dem Baum entzogen wird, ist ja auch im Verhältnis zur Menge der Reservestoffe der Bäume nur gering. Die Zuckergewinnung aus Baumstamm hat schließlich auch eine rechtliche Seite. Es versteht sich eigentlich von selbst, daß niemand einen Baum anzupfen darf, wenn er nicht dessen Eigentümer ist oder vom Eigentümer die Befugnis dazu erhalten hat.

— Rutilarionil. Im Wagner-Abend des Bläser-Orchesters am Sonntag, den 4. März, wird Joh. Bachs zwei Gesänge des Wolfram und Lotans Abschied singen. — Björn Björnson gibt demnächst bei Desterfeld u. Co. ein neues Werk heraus: „Von deutschen Wesen.“ Impressionen eines Stammverwandten. Die Vorrede schrieb Gerhart Hauptmann. — Kleider aus Papier. Auf Anregung der Akademie der Wissenschaften hat beschäftigt sich eine französische Papierfabrik eingehend mit der Herstellung von Papierstoffen zu Bekleidungs-zwecken. Das Papier schlägt, so schreibt die „Minerva“, „selbstständig gut vor Kälte, und die neuen Herstellungsversuche haben nicht nur dazu geführt, ein schmeicheltüchtiges, weiches Produkt zu erzielen, sondern es ist zu gleicher Zeit widerstandsfähig, kräftig und haltbar. Diese Erfolge erlauben die Voraussage, daß das Fundament zu einer neuen Industrie gelegt ist und daß die warmen, leichten, wenig feuchtigkeitigen Kleidungsstücke aus Papier sich auch im Frieden großer Beliebtheit erfreuen werden.“

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabriela Zapolska.

„Folgen Sie dem Herrn hinauf! Herr Klitzki bleibt nur einen Augenblick oben.“ Semipudow näherte sich der geöffneten Tür. „Ich werde mich hier von Ihnen verabschieden.“ versetzte Vorski. „Ich kann das Geschäft jetzt nicht verlassen. Hoffentlich sehen wir Sie recht bald wieder in unserer Stadt.“ Klitzki verabschiedete sich mit einem herzlichen Händedruck von diesem Mann, den er in den wenigen Tagen schätzen und lieben gelernt hatte. Als er von der getundenen Treppe aus das Speisezimmer betrat, erblickte er zuerst Juzia, die mit verwinkelten Augen und roter Nase eifrig das Büfett sauber machte. Janka beaufsichtigte sie bei dieser Arbeit. In ihrer hellblauen Bluse und der Wirtschaftsschürze, die langen schönen Röpfe in einem Kranz um den Kopf gelegt, sah wie die Jugend selbst aus. Als sie Klitzki in Semipudows Begleitung bemerkte, schrie sie erschrocken auf. „Um Sie zu beruhigen, erkläre ich Ihnen, daß es sich um die Erledigung der Papiere handelt vor der Abreise handelt.“ „Sie reisen?“ fragte Janka traurig. „Ja, aber ich komme sehr bald wieder. Ihr Vater hat mich aufgefordert.“ „Haben Sie mit Papa gesprochen?“ fragte Janka erwidend. „Ja! Habe ich richtig gehandelt?“ „D ja!“ Janka schickte Juzia in die Küche. Als das Stubenmädchen an Klitzki vorbeiging, empfand er ein unangenehmes Gefühl. „Woher haben Sie dieses Mädchen?“ fragte er unwillkürlich. „Sie war stollenlos und hat sich bei uns gemeldet. Sie ist für ein Dienstmädchen sehr geschick und ergeben.“ „Sind Sie dessen auch sicher?“ „Vollkommen. Sie hat so manchen Beweis ihrer Anhänglichkeit gegeben. . . . Aber warum sind Sie unter Auf-

sicht?“ fragte Janka nach einer Weile auf Französisch, indem sie sich in die Fensternische zurückzog. Klitzki folgte ihr. „Wahrscheinlich auf höheren Befehl!“ erwiderte er lachend, um Janka zu beruhigen. Er sah ihre Hände und begann diese zu küssen. Janka wehrte sich nicht gegen diese Liebkosung. Sie umfaßte Klitzki mit einem Blick, in dem sich ein tiefes, ehrliches Gefühl spiegelte. „Wenn Ihnen nur nichts Schlimmes passieren möchte!“ „Haben Sie keine Angst. So leicht kann mir nichts geschehen. Es handelt sich sicher nur um die Papiere.“ „Ich reise in einer Stunde. Sehen Sie zum Fenster hinaus. Ich muß mit der Droschke hier vorbeifahren. Sollten Sie mich nicht sehen, so ist das ein Beweis, daß Lagerjew mich aufgefressen hat.“ Janka lächelte unwillkürlich. „Und wann kommen Sie zurück?“ „In zwei Wochen.“ Er hielt ihre Hände noch immer in den seinen und bemerkte plötzlich, wie ihre Augen sich umflorten. „Was ist Ihnen?“ fragte er. „Ich weiß nicht! Mir ist so schwer zumute! Es scheint mir, als schwebte eine Gefahr über uns, als sollten wir uns nicht so schnell wiedersehen.“ Sie begann leise zu schluchzen. Weiße Tränen rollten über ihre feischen Wangen. Auch Klitzki wurde das Herz schwer. „Es ist die Schuld der Verhältnisse, in denen ihr lebt.“ „Sagte er, „die auch stets etwas Schlimmes befürchten lassen.“ „Mag sein,“ sagte Janka, „aber was hilft's. Wir sind hier geboren und müssen hier leben.“ Bei diesen Worten wurde sie noch ernster. Mit ihren tränengefüllten Augen blickte sie über den grauen, armseligen Parkplatz und flüsternd traurig: „Reisen Sie glücklich! Gott behüte Sie!“ Er reichte die Lippen auf die helle Stirn des Mädchens. „Auf Wiedersehen!“ „Auf Wiedersehen!“ Sie antwortete nicht. Sie hatte die Augen geschlossen und stand blicklos und regungslos da.

Pflichtlich kam Razzo aus dem Nebenzimmer. „Ach, Sie sind es!“ rief er. „Würden Sie vielleicht einen Augenblick zu mir kommen?“ „Gern!“ sagte Klitzki und küßte noch einmal Jankas Hand. Semipudow folgte ihm auf dem Fuße. Aber Razzo wehrte ihm den Eingang in sein Zimmer mit energischer Stimme. In seinen Augen blühte Haß. Klitzki betrat Razzos Zimmer, in dem eine Menge Broschüren, Netze und Bücher umherlagen. Razzo schloß die Tür und fragte flüsternd: „Wann reisen Sie?“ „In einer Stunde!“ „In Krakau wird sich jemand bei Ihnen melden und Ihnen etwas übergeben, bevor Sie wieder zu uns kommen. Ich rechne auf Sie.“ Er heftete seine ausdrucksvollen Augen auf Klitzki. „Ich werde Ihr Vertrauen nicht täuschen!“ sagte dieser tief gerührt. Sie verabschiedeten sich mit einem kräftigen Händedruck. Razzo führte Klitzki zum Vorzimmer und von dort auf die Haupttreppe. Im Speisezimmer war außer Semipudow auch ichan Juzia. Als sie sah, daß Razzo sein Zimmer verlassen hatte, ging sie darauf zu. „Was willst du dort?“ fragte Razzo. „Ich will den Waschtisch sauber machen!“ erwiderte sie schon auf der Schwelle. Im Vorzimmer drückte Klitzki noch einmal die Hand des jungen Mannes. Er hätte ihm gern etwas von seinen Gefühlen zu Janka gesagt. Doch fand er nicht die richtigen Worte. Diese Knabe schien zu weit entfernt von aller Lebensfreude, daß Klitzki einfach nicht den Mut hatte, von persönlichen Dingen zu ihm zu sprechen. Er sagte nur: „Ich bin in zwei Wochen wieder hier.“ Langsam ging Klitzki die Treppe hinunter, hinter ihm erklangen Semipudows schwere Schritte. Unwillkürlich erfaßte ihn wieder jenes lange Angstgefühl, das er in dieser Stadt zum ersten Male empfunden hatte. Er bemühte sich, es zu unterdrücken. Aber in seinem Innern rann ihm eine Stimme zu: „Frauen haben zuweilen seltsame Ahnungen!“ (Fortf. folgt.)

Wechsel in der Leitung des österreichischen Generalstabs.

Wien, 2. März. Wie dem Kriegspresseamt gemeldet wird, hat Kaiser Karl den Feldmarschall Conrad v. Höben-dorff von seinem Posten als Chef des Generalstabs entlassen, um seine „bewährte Kraft an anderer wichtiger Stelle zur Geltung zu bringen“. Nachfolger Conrads ist der General der Infanterie v. Arz, der sich in den Kämpfen um Lima-nova sowie bei dem Durchbruch von Gorlice besonders hervor-ge-tan hat.

Kosaken, Lebensmittel und Entlastungen.

Bewöhnungsmassregeln zur Dumaeröffnung.

Lugano, 2. März. Der Petersburger Korrespondent des „Corriere della Sera“ stellt fest, daß die ruhig verlaufene Er-öffnung der Duma nur infolge besonderer Massnahmen der Regierung, Heranziehung einer größeren An-zahl Kosaken und Heranführung von Wehl und Lebensmitteln in Sonderzügen, erreicht worden ist, wodurch die Aufregung im Volk rechtzeitig gedämpft werden konnte.

Budapest, 2. März. „Kéleti Ertesito“ meldet (laut „Kriegszeitung“) aus Petersburg: Nach Berichten der russi-schen Blätter war der Minister des Innern Protopopow ge-wungen, die verhafteten Mitglieder der Kriegsindustrie-Kommission freizulassen, weil die Arbeiter der Uni-versitätsfabriken in den passiven Widerstand ein-getreten waren und hierdurch der Betrieb der Fabriken ge-fährdet war. Die Arbeiter haben sich massenhaft krank ge-meldet und bleiben von der Arbeit weg. Dieser Entschluß Protopopows soll auf ausdrücklichen Wunsch der Hoffreie ge-folgt worden sein.

Bern, 2. März. Der russische Mitarbeiter des „Bund“ schreibt: Es dürfte nicht verkehrt sein, wenn wir die geplante Rundgebung der Arbeiterverbände vor dem Dumaeröffnung, von der „Kosovo Wrenja“ berichtet, vor allem als Protest gegen die letzten Verhaftungen der zur gemäßigten Minderheit gehörenden Arbeitervertreter des Kriegs-industrie-ausschusses auffassen. Wie Ende 1915 und Anfang 1916, so ergreift auch in diesem Jahre die russische Regierung Massregeln, um jede regierungsfremde Propaganda zu unterdrücken. Nachdem das Polizeidepartement eine Uebersicht über die Tätigkeit der revolutionären Verbände seit Kriegsbeginn bis zum 14. Juli 1916 dem Kampfinstitut vorgelegt hatte, fand das letztere es für notwendig, eine Polizeiverstärkung auf Grund des Kopparagaphen 87 in 50 Gouvernements Nuhlands durchzuführen. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei den Fabrikkadetten geschenkt. Auch gegen die Eisenbahner wurden Warnungen erlassen. Fernbleiben von der Arbeit wurde bei Militärpflichtigen mit Verweisung an die Front bestraft, wo die Streikenden in die Feuerlinie geschickt wurden. Dadurch scheint die gereizte Stimmung unter den Arbeitern entstanden zu sein, und bald erfuhr die Regierung, daß sogar unter der Minderheit revolutionäre Gärung im Gange sei. So meldete wenigstens der Vertreter des Kampfinstitutums, der in der letzten Zeit alle Sitzungen des Arbeiterausschusses des Zentralkriegsindustrie-ausschusses überwachte. Die Folge davon war, daß 11 von diesen Arbeitervertretern verhaftet wurden. Dieses Vorgehen der Regierung scheint die Arbeiterverbände in Petersburg zum öffent-lichen Protest herausgefordert zu haben. Die Warnung des Haupt-chefs des Petersburger Militärbezirks, Generals Chabalow, läßt allerdings deutlich erkennen, wie die Regierung im Falle von re-gierungsfremden Rundgebungen handeln wird.

Die Regierung der Golith und Protopopow hat also bekräftigt, daß der Volksbewegung der Unzufriedenheit, die jetzt emporschneit, mit Kosaken allein denn doch nicht beizukommen ist. Die Arbeiter lassen — trotz schwerster Be-drohungen — ihre Streikwaffe spielen, und der Minister, der über die brutalsten Gewaltmittel frei verfügt, sieht sich ge-zwungen, Nachgiebigkeit zu zeigen. Es ist aber ganz klar, daß mit der Freilassung von elf Arbeitervertretern diese Be-wegung nicht zu erledigen ist. Die russische Nachrichten-presser nimmt leider die Möglichkeit, die Vorgänge, die seit Dezhnachten in ein heftigeres Tempo der Entwicklung zogen, schnell und ausreichend zu berichten.

Das Tabakmonopol in der Schweiz.

Bern, 2. März. Der Bundesrat hat heute eine Entschei-dung und einen Antrag an die Bundesversammlung erlassen betreffend die Einschlebung eines Artikels über ein Tabakmonopol in die Bundesverfassung. Die Vorlage unterliegt der Volks-entscheidung.

Die Schließung der spanischen Cortes.

Bern, 2. März. „Humanität“ meldet aus Madrid, das Dekret betreffend die Schließung der Cortes habe die Radikalen und die Republikaner zu einem heftigen Protest veranlaßt. Der Ministerpräsident Graf Romanones habe daraufhin erklärt, er werde das Parlament wieder ein-berufen, sobald die Umstände ihn dazu zwingen.

Die verschärfte englische Blockade.

London, 1. März. Unterhaus. Brookes fragte, ob das Ergebnis der verschärften Blockade sich als befriedigend dar-stelle und in welcher Richtung es besonders bemerkenswert sei. Cecil erwiderte, in den letzten Monaten sei seiner Meinung nach keine wesentliche Menge von Waren, die nach Skandinavien und Holland eingeführt worden seien, nach Deutschland hindurchgegangen. Auch sei keine Ausfuhrware für überseeische Gebiete von Deutschland durch jene Länder gegangen. In jüngster Zeit sei als Ergebnis der Ver-handlung mit neutralen Ländern die ge-nannte Ausfuhr ihrer Ergebnisse nach Deutschland beträchtlich zurückgegangen. Was das Ergebnis anbetreffe, so sei es schwierig, darüber Gewisses zu sagen. Er glaube aber, daß man sicher sagen könne, daß nunmehr ein ernstlicher Wandel an Rohungsmitteln und gewissen anderen Bedarfsartikeln von äußerster Wichtigkeit in den feind-lichen Ländern eingetreten sei.

Arbeitsverbote und Zwangsarbeit.

London, 1. März. Der Pensionsminister hat eine Bekannt-machung erlassen, durch die den Geschäftstreibenden vieler Betriebe verboten wird, Männer zwischen 18 und 61 Jahren zu beschäftigen. Solche Geschäfte sind beispielsweise: Möbelhand-lungen, Glas- und Steinzeughandlungen, Baugeschäfte, Webereien und Kleiderhandlungen, Mineralwasserfabriken, Zuckerbäckereien, Sigarettenfabriken, Brauereibetriebe, Theater, Musikhallen usw.

Lord Derby auf der Landarbeiterfrage.

Rotterdam, 1. März. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge wurde im Oberhause die Landarbeiterfrage erörtert. Lord

Selfourne sagte, die Landwirte seien durch den Mangel an Arbeitshäften zur Verzweiflung gebracht. Lord Derby teilte mit, daß er jetzt erfahrene Landwirte in der Armee aus-sündig zu machen juche, um sie zu beurlauben.

Verfolgung bei Kut el Amara.

London, 1. März. (Neuermeldung.) Amlicher Bericht aus Mesopotamien. Kavallerie und Kanonenboote setzten die Ver-folgung des geschlagenen Feindes den ganzen Dienstag fort, machten Gefangene und erbeuteten sechs Geschütze und ein großes Flußschiff.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der englische Nationaldienst. Die Regierung hat beschlossen, daß alle Regierungsbeamten zwischen 18 und 61 Jahren sich als Freiwillige für den nationalen Dienst eintragen lassen sollen, um im Notfall bereit zu stehen.

Die Kiower Welle. Dem Petersburger „Dien“ zufolge hat die diesjährige Kiower Welle wegen Desorganisation im Verkehrswe-sen schlechte Geschäfte gemacht.

Wegen Mangels an Lebensmitteln ausgewiesen. Krikania, 2. März. „Aftenposten“ meldet aus Petersburg, 20 000 Personen seien vor kurzem wegen Mangels an Lebensmitteln und infolgedessen drohender Hungersnot aus Neval ausgewiesen worden.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendete am Freitag die Debatte über das höhere Schulwesen, um sich im Anschluß daran der über das Volksschulwesen zuzuwenden. Darüber scheint zwischen den Parteien und der Regierung Einmütigkeit zu bestehen, daß die schon vor dem Kriege geplante Reform un-seres Schulwesens sich nicht länger aufschieben läßt, aber über den Umfang der Reform geben die Ansichten weit auseinander. Insbesondere handelt es sich hierbei um die Frage des Aufstiegs der Begabten in höhere Lehranstalten. Einen kleinen Schritt in dieser Richtung wird die Gesetzgebung ja wohl machen, aber die einzige Möglichkeit zur Erreichung dieses Zieles, die Schaffung der Einheitschule, wird einzuweisen wohl noch nicht verwirklicht werden. Nannte doch der Abg. Frhr. v. Redlich (f.) die Einheitschule ein nebel-haftes Gebilde, und stellte sich doch auch der Kultusminister auf den Standpunkt, daß zwar der Uebergang von den Volksschulen in höhere Schulen erleichtert werden muß, daß das aber in Preußen schon stets möglich war. Mit anderen Worten: es ist alles schön und gut, es kann im großen ganzen so bleiben. Viel Mühe wird es machen, die noch vorhandenen Widerstände zu brechen, aber gebrochen werden sie; es ist im Grunde genommen nur noch eine Frage der Zeit.

Am Sonnabend soll der Kultusetat beendet werden.

Deutscher Städteitag gegen die Verkehrssteuer.

Der Vorstand des Deutschen Städteitages hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der gesagt wird: „In der Verkehrssteuervorlage ist die Besteuerung auch des Straßenbahnverkehrs und sonstigen Verkehrs innerhalb einheitlicher Siedlungen (Omnibusse, Hoch- und Untergrundbahnen) vorgesehen. Wir bitten dringend, diesen Binnenverkehr der einzelnen Siedlungen nicht der Verkehrssteuer zu unterwerfen.“

Während fast die Verkehrssteuer gleichmäßig alle Bewohner des Deutschen Reiches trifft, die aus geschäftlichen oder anderen Grün-den Verkehrsmittel zwischen den einzelnen Ortsteilen benutzen, stellt die Besteuerung der Straßenbahnen und des Binnenverkehrs über-haupt eine Verunsicherung der Bewohner der größeren Verkehrs-zentren dar. Die Bewohner der größeren Siedlungseinheiten sind genötigt, im regelmäßigen täglichen Leben die Straßenbahnen immer wieder zu benutzen. Im Grundjahre ist die Wichtigkeit dieses Gedankens in der Verkehrssteuervorlage dadurch anerkannt, daß der Arbeiterverkehr und der Schülerverkehr von der Steuer frei-gelassen sind. Freilich bezieht sich diese Ausnahme auch, und zwar berechnungsweise, auf den Verkehr zwischen solchen Arbeiterwohn-gemeinden, die keine Siedlungseinheit mit der Arbeitsgemeinde bilden, und dieser Arbeitsgemeinde. Das Schwerkgewicht der Aus-nahme wird gleichwohl für den Binnenverkehr in Erscheinung treten. Für diesen Binnenverkehr aber wird die Vorschrift, weil sie nur die Form einer beschränkten Ausnahme hat, den wirklichen Verhältnissen in keiner Weise gerecht. Um nur Beispiele anzuführen, so ist die Benutzung der Straßenbahn durch die Frau, die in die Markthalle fährt oder ihrem Mann das Essen zur Arbeitsstätte bringt, genau in gleicher Weise ein unmittelbarer Vorgang des täglichen Lebens wie die Benutzung der Arbeiterjahreskarten oder der Schülerkarten. Weiter trifft die Be-schränkung auf die Arbeiter, den Kern der Sache deshalb nicht, weil auch der Mittelstand, und nicht zuletzt der kleine Mittelstand, dessen finanzielle Verhältnisse durch den Krieg be-sonders stark verschlechtert sind, auf die regelmäßige Be-nutzung der Straßenbahnen angewiesen ist. Der springende Punkt ist eben der, daß die Benutzung des Binnenverkehrs überhaupt keine Ortsveränderung darstellt, sondern nur einen Teilvorgang des Wohnens selbst innerhalb der Siedlung. Da, im Gegen-satz zur Benutzung der Verkehrsmittel zwischen den einzelnen Sie-dlungen, der Zwang zu regelmäßiger Benutzung von Binnenverkehrsmitteln nur die Bewohner der größeren Siedlungen trifft, so ist im wirtschaftlichen Sinne die Einbeziehung des Binnenverkehrs in ein allgemeines Verkehrssteuergesetz nicht nur keine logische Notwendigkeit, sondern stellt dem Wesen nach eine besondere Steuer dar, die ausschließlich auf die Bewohner der größeren Gemeinden gelegt wird.

Uebrigens würden die Bestrebungen nach breiterer Wohn- und Siedlungsweise, die jetzt von so vielen Stellen unter lebhaftem Beifall der Reichs- und Staatsregierung geltend gemacht werden, auf das schwerste geschädigt, wenn der Binnen-verkehr mit einer Steuer belastet würde.

Die Eingabe führt noch eine Reihe weiterer Argumente gegen die Steuer auf und schließt mit den Worten:

Die vorstehenden Erwägungen veranlassen uns zu der dringen-den Bitte, den Straßenbahnverkehr und gesamten sonstigen Binnen-verkehr innerhalb einheitlicher Siedlungen nicht der Verkehrssteuer zu unterwerfen.

gez. Hermann,
Oberbürgermeister von Berlin,
Vorsitzender.

Zetermordio.

Ueber die sozialdemokratischen und fortschrittlichen Initiativ-anträge zur Fideikommissgesetzgebung ist die „Deutsche Tages-zeitung“ gewaltig entrüstet. Zunächst schüßt sie Verfassungsbedenken vor, weil das Bürgerliche Gesetzbuch die Fideikommissgesetzgebung ausdrücklich den Einzelstaaten vorbehalten hat.

Die Anträge stellen somit einen Versuch dar, auf einem den Bundesstaaten vorbehaltenem Gesetzgebungsgebiet einen Druck

auf einen Bundesstaat auszuüben. Dieses Herausstreiten des Reichstages aus dem verfassungsmäßigen Rahmen kann nur als außerordentlich bedenklich angesehen werden; ganz besonders bedenklich aber ist ein solcher Schritt noch in der Kriegszeit, in der die Rechte der einzelnen Glieder des Reichs noch sorgfältiger und gewissenhafter als sonst beachtet werden sollten.

Der Verfassungsjurist der „Deutschen Tageszeitung“ verkündet nur halbe Wahrheit, die wie gewöhnlich mit Unwahrheit gleich-behend ist. Er verkündigt nämlich, daß das Reich nach der Reichsverfassung die Kompetenz-Kompetenz besitzt, d. h. zu jeder Zeit jedes bislang den Einzelstaaten vorbehaltenem Rechts-gebiet seiner eigenen Zuständigkeit unterwerfen kann. Das gilt natürlich auch von dem Fideikommisswesen.

Geradezu absurd aber klingt es, wenn die „Deutsche Tages-zeitung“ in ihren weiteren Ausführungen sich neben Verfassungs-bruch auch über Bruch des Burgfriedens bescheidet. Die Einbringung des Fideikommissgesetzes im preussischen Landtag wollte sie bekanntlich nicht als Burgfriedensbruch gelten lassen, die Abwehr dieses Gesetzes aber soll es sein! — Schließlich erklärt es die „Deutsche Tageszeitung“ für „selbstverständlich ausge-schlossen“, daß der Bundesrat den Anträgen seine Zustimmung er-teilen könnte, der „rein demonstrative und herausfordernde Ver-achter“ der Anträge träte dadurch nur noch deutlicher hervor.

Wenn wirklich ein dem Empfinden der überwältigenden Mehr-heit des Volkes entsprechender Reichstagsbeschuß vom Bundesrat in den Papierkorb versenkt werden sollte, so wird deswegen kein vernünftiger Mensch in dem Verhalten des Reichstages eine Herausforderung sehen. Eher denn etwas anderem.

Reichstagsarbeit.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beginnt heute seine Arbeit mit der Beratung des Etats des Reichskanzlers. Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes und des Reichsamts des Innern, und am Donnerstag hofft man dann in die erste Lesung der Steuervorlagen eintreten zu können. Da-nach soll die Beratung des Etats fortgesetzt und nach ihrer Beendigung die zweite Lesung der Steuern vorgenommen werden. Am 20. März tritt dann bekanntlich die Vollver-sammlung wieder zusammen.

Die abgelehnte Gerard-Spende.

Der amerikanische Volkshater Gerard hat vor seiner Abreise einen in den Vereinigten Staaten gesammelten Betrag für deutsche Kriegervitwen und -Waisen von rund 500 000 M. einem Ankauf überwiefen. Dieser Ankauf hat beschloffen, den Betrag nicht zur Verteilung zu bringen, vielmehr ihn einer Bank zur Verwahrung zu übergeben mit der Anweisung, ihn dem Volkshater zur Verfügung zu halten für den Fall, daß dieser das Geld anders zu verwenden wünschen sollte.

Reichstagsabgeordneter in Mecklenburg-Strelitz. An Stelle des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Roland-Lüde haben die national-liberalen Vertrauensmänner in Mecklenburg-Strelitz Herrn Dr. Peter Stuhmann als Kandidaten für die Ergänzung aufgestellt. St. ist Vorsitzender der nationalliberalen Landesorganisation Hamburg und Geschäftsführer des Kriegsausschusses deutscher Redner. Die Wahl dürfte sich voraussichtlich unter dem Zeichen des Burgfriedens vollziehen. — Bei den Reichstagswahlen 1912 wurden im Wahlkreis 7788 Stimmen für die Reichspartei, 6800 Stimmen für die National-liberalen und 6492 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben. In der Stichwahl zwischen den Kandidaten der beiden er-stgenannten Parteien siegte der Nationalliberal mit 12 682 gegen 7668 Stimmen.

Ein Dementi. In parlamentarischen Kreisen war das Gerücht verbreitet, daß der preussische Eisenbahnminister v. Zeitzendorf wegen der Kritik der gegenwärtigen Verkehrsbedingungen von seinem Amte zurücktreten wolle. Wie bestimmt verlautet, beruht dieses Gerücht auf haltlosen Kombinationen.

Letzte Nachrichten.

In der Aene.

Berlin, 2. März. (W. T. N.) In der Aene wurden die Bor-sekämpfe fortgesetzt. Die deutschen Positionen wiesen gegnerische Aufklärungsabteilungen in heftigen Gefechten ab und zwangen die Engländer zur Entwidlung starker Abteilungen, die im Artillerie- und Gewehrfeuer schwere Verluste erlitten. Jede Deckung im Ge-lände benutzend, aus den Schützengruben der Dörfer, aus Granatrich-tern und Grabenrücken immer wieder überraschend hervorbrechend, verlegten diese schwachen deutschen Nachhut in jähem und geschid-tem Widerstande den Engländern immer von neuem den Weg. Ihre hartnäckige Verteidigung zwang die Engländer Batterien vorzuschieben, allein die deutsche schwere Artillerie war auf dem Posten. So wurde eine englische Batterie, die an der Batterie de Warlencourt am 27. Februar in Stellung zu gehen versuchte, in kurzer Zeit zu-sammengeschossen. Ein Beweis für die maßergültige Art und Weise, in welcher deutscherseits die Aufgabe der alten Stellungen vorbe-reitet und durchgeführt wurde, ist die täglich geringe Beute, die die Engländer machten. Nicht einmal kleine Minenwerfer oder Na-schinenten fielen in ihre Hände und die gemeldete Gefangenenzahl beträgt noch nicht 50 Mann. Dagegen brachten es die deutschen Nachhut fertig, dem weitüberlegenen Gegner 7 Maschinengewehre und 218 Mann an Gefangenen abzunehmen. Das Vordringen der neuen deutschen Stellung wird immer noch von ihnen beherrscht.

Verienit.

London, 2. März. Neuermeldung. Der Galignani-Casale (1896 Nr. 10) und Vessali wurde am Dienstag nachmittag von einem deutschen U-Boot versenkt. Einer der beiden Rettungsboote mit einem Teil der Besatzung, darunter zwei Amerikaner, wird vermisst.

Die Broikarte in Frankreich.

Bern, 2. März. „Petit Parisien“ meldet, die Broikarte werde in zwei Monaten eingeführt werden und dem Inhaber täglich ein halbes Kilogramm Brot gewähren. Der Ueberschuß, den die Arbeiterlotten liefern, solle zu Zulagen an die Schwerarbeiter dienen. Die Zulage zum Wehl würden auf höchstens 15 Prozent beschränkt bleiben. Ferner beschäftigte sich das Ernährungsministerium mit dem Wane einer Richtigstellung, um die Versorgung von Kindern, Schwunden, Kranken und Greisen zu sichern.

Die Margarinepreise in England steigen.

Amsterdam, 2. März. Dem „Algemeen Handelsblad“ wird aus London gemeldet, daß die Margarinepreise im ganzen Lande um ein bis zwei Pence in die Höhe gegangen sind und daß mau eine weitere Preissteigerung für nächste Woche erwartet. Die Nachfrage hat sich verdoppelt, und die Einfuhr ist ungenügend.

Auflärung eines Mordes.

Hamburg, 2. März. Der Mord in der Seilerstraße hat sich völlig aufgeklärt durch das Geständnis des Täters, der ursprünglich jede Schuld in Abrede stellte. Bei seiner Vernehmung durch die Polizeibehörde gab der Buchbinder Poppenberg zu, seine Geliebte Martha Eichblatt in ihrer Wohnung in der Seilerstraße vorläufig erschossen zu haben, und zwar, weil sie seine Annäherungsversuche jurüdwies.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Für den Siebenthr-Ladenabschluss im Handelsgewerbe

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen bereits 20 000 Unterschriften gesammelt. Wie bekannt, richtet die genannte Organisation an den Reichstag eine Eingabe, in der der Siebenthr-Ladenabschluss (Sonntags- und Feiertags-Ladenabschluss) für alle offenen Verkaufsstellen gefordert und erlucht wird, diese Einrichtung auch nach dem Kriege zu einer dauernden zu machen. Die Unterschriftenammlung soll diese Eingabe stützen. Die Gesamtzahl der Unterschriften wird eine viel höhere sein, mit den 20 000 ist erst der Anfang gemacht. Die große Zahl der schon jetzt gesammelten Unterschriften beweist, wie stark das Bedürfnis unter den Handlungsangestellten nach einem früheren Ladenabschluss ist, dessen Verechtigung schon für die Friedenszeit, noch viel weniger aber für die Kriegszeit bestritten werden kann.

Berlin und Umgegend.

Zum Direktor des hiesigen Arbeitsnachweises, der am 1. April unter Uebernahme der Einrichtungen des Zentralvereins für Arbeitsnachweise ins Leben treten soll, wurde in der heutigen Magistratsitzung Dr. rer. pol. Erdmann G r a a s, bisher Geschäftsführer des Zentralarbeitsnachweises für Stadt und Kreishauptmannschaft Dresden, gewählt.

Neue Tarifabmachungen für die Berliner Kostümbrauche.

Eine zahlreiche Delegation der Arbeiterinnen und Arbeiter der Kostümbrauche, einberufen vom Schneiderverband, tagte am Freitag. Kunze erstattete den Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, Lohnhöhung betreffend, und über die Vereinbarung, die die Vorstände der Organisationen in der Sache dieser Tage für Berlin getroffen haben. Die Verhandlungen erfolgten unabhängig von den hiesigen Abmachungen auf der Basis der Berliner Verhältnisse. Es handelte sich nicht etwa um Feuerzulagen, sondern um eine neue tarifliche Lohnabrede, auf der später tariflich weitergebaut werden kann. Nach längerer Verhandlung ist von den Vorständen der Berliner Arbeitgebervereinigungen und der Filiale Berlin des Schneiderverbands folgende Abmachung getroffen worden:

„Den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen ist, solange die Streikverbotverordnung noch in Kraft ist, der volle Tariflohn zu zahlen. Diejenigen Arbeitgeber, die ihren Arbeitern und Arbeiterinnen während der Streikverbotverordnung bereits den vollen Lohn und darüber gezahlt haben, sind gehalten, eine fünfprozentige Lohnzulage während der weiteren Dauer der Streikverbotverordnung zu gewähren. — Nach Aufheben der Streikverbotverordnung soll der jetzt bestehende Tarif in allen Klassen um 25 Proz. erhöht werden. Diese Abmachung gilt als der nach der Beendigung der Streikverbotverordnung in Kraft tretende neue Tarif. — Der neue Tarifvertrag soll auf unbestimmte Zeit mit dreimonatlich zulässiger Kündigung abgeschlossen werden.“

Kunze empfahl die Annahme der Abmachung, der die Mitgliederversammlung der Arbeitgeber bereits zugestimmt hat. Weiterhin ist für die nächste Zeit schon die Aufhebung der Streikverbotverordnung begehrt.

Die Versammlung erklärte sich noch einer Diskussion gegen eine Stimme mit der Abmachung einverstanden.

Kunze und Knoop, der Leiter der Versammlung, erwähnten die Anwesenheit, nun darauf zu achten, daß die wesentlichen Erhöhungen auch durchgeführt werden. Im übrigen werde man auch bemüht sein, die Abmachungen bei den Firmen, die nicht dem Arbeitgeberverband angehören, ebenfalls einzuführen.

Aus dem Kriegsausschuss für Groß-Berlin.

Das stellvertretende Generalkommando des dritten Armeekorps hatte dem Kriegsausschuss die Angelegenheit des Formers B., der für die Firma St. reklamiert war, zur Nachprüfung unterbreitet. Die Firma hatte dem stellvertretenden Generalkommando mitgeteilt, daß der von der Firma reklamierte Formner B. nicht mehr bei ihr beschäftigt ist, sie gab dafür Gründe an, die bei der Prüfung im Kriegsausschuss als nicht den Tatsachen entsprechend festgelegt wurden. Selbst der Vertreter der Firma gab zu, daß die Angaben der Firma an das Generalkommando nicht zutreffend waren. Der Kriegsausschuss beschloß, einen entsprechenden Bericht an das Generalkommando zu geben.

Ein zweiter Fall von derselben Firma unterlag ebenfalls auf Ersuchen des Generalkommandos der Nachprüfung durch den Kriegsausschuss. Dabei ergab sich, daß die Firma den Tatsachen entsprechend berichtet hatte. Auch das wird entsprechend der Feststellung dem Generalkommando mitgeteilt.

Der kriegsverletzte Schlosser Sch. von der Firma Sch. will einen Abschreiben, da er bei seiner Arbeit klandig stehen muß und ihm das wegen seiner Verletzung schwer fällt. Der Vertreter der Firma verspricht, daß Sch. Arbeit bekommt, bei der er wenigstens zeitweilig sitzen kann. Sollte sich dadurch die Sache nicht erledigen, wird in 14 Tagen wieder verhandelt.

Der Dreher B. von der Firma Sch. ist als Bohrwerkstoffdreher beschäftigt und verdient nur 1,25 M. pro Stunde. Da andere Dreher bei der gleichen Arbeit mehr verdienen, wird festgestellt, daß B. nicht recht eingearbeitet ist. Die Familie des Drehers B. wohnt auswärts. Es wird deshalb vereinbart, da bei einem Verdienst von 1,25 M. zwei Haushalte nicht zu unterhalten sind, daß B. für den Tag 2 M. Familienzulage erhält, oder, falls die Firma das nicht will, den Abschreiben.

Der Arbeiter J., bei einer Polizeibehörde Groß-Berlin beschäftigt, will einen Abschreiben, da er nur außer seiner Woche 3,50 M. Tagelohn erhält und damit nicht auskommt. Es wird vom Kriegsausschuss anerkannt, daß dieser Verdienst der gegenwärtigen Zeit nicht angeht und da J. außerdem nachweist, daß er eine andere Stellung mit erheblich mehr Verdienst erhalten kann, wird ihm der Abschreiben zugesprochen.

Drei Schriftfeger der Firma M. wollen eine Erhöhung ihres Verdienstes. Da diese nicht zugelassen wird, die Verechtigung der Bediensteten aber vom Kriegsausschuss anerkannt wird, erhalten die Schriftfeger den Abschreiben.

Der Buchdrucker G. von der „G.-Zeitung“ hatzen vor Entlassung des Kriegsausschusses wegen zu geringen Verdienstes die Arbeit niedergelegt. Von der Bekleidungsstelle, wofin sich G. wendete, wurde er bis zur Entscheidung des Kriegsausschusses zur Arbeit geschickt. Die Druckerei hatte sich aber geweigert, ihn wieder einzustellen. Daraufhin ist ihm vom Kriegsausschuss der Abschreiben zugesprochen.

Der Tapezierer S. von der Firma St. will einen Abschreiben, weil er bei der Arbeit nicht sitzen kann. Er ist kriegsverletzt. Der Kriegsausschuss erlaubt Sch. ein Ausst. beizubringen und wird ihm gegebenenfalls dann der Kriegsausschuss ausgestellt.

Der Klempner F. von der Firma B. u. S. verlangt den Kriegsausschuss, weil der Lohnsatz von 90 Pf. für ihn nicht ausreichend ist. Der Kriegsausschuss ist der Auffassung, daß F. sofort 1,20 M. Stundenlohn erhalten soll, und daß ihm nach Beendigung der Akkordarbeit der Gehalt von der Firma erteilt wird. Wenn die Firma auf diesen Vorschlag nicht eingehen will, hat sie ihm sofort Kriegsausschuss auszustellen.

Der Dreherlehrling M. von der Firma G. verlangt den Kriegsausschuss. Da er jedoch erst 16 Jahre alt ist, ist der Kriegsausschuss nicht zuständig. Im übrigen steht dem auch der Lehrvertrag entgegen. Der Firma wird aber angetragen, die im Lehrvertrag festgesetzten Kostgelderhöhungen erheblich zu erhöhen, weil diese Sätze in keinem Verhältnis zu den gegenwärtig außerordentlich teuren Lebensmitteln stehen.

Der Werkmeister S. von der A. E. G. ist gekündigt, er verlangt sofort seinen Abschreiben, weil er in einem anderen Betrieb in Arbeit treten kann. Es wird festgestellt, daß S. bis zum 1. März von der Firma Gehalt erhalten hat, die Firma aber auf eine weitere Tätigkeit im Betrieb verzichtet. Am 28. Februar will die Firma dem Abschreiben erteilen. S. wird mit seiner Forderung, den Kriegsausschuss zu erhalten, abgewiesen.

Der Klempner F. von der Firma B. u. S. will aufhören, weil ihm die Arbeit zu schwer ist. Auch ist der Lohn zu gering. Der bisherige Abschlagslohn, der zugleich den Verdienst darstellt, beträgt 1 M. Er erhält sofort 1,25 M. als Abschlag und soll im Monat 1,50 M. verdienen. Außerdem soll er sitzende Beschäftigung erhalten.

150 Nebolbedreher der Firma C. R. G., Friedenau, die bisher einen Verdienst von 1,50 M. hatten, forderten einen Kriegsausschuss, weil die Firma ihre Forderung, den Verdienst um 30 Pf. zu erhöhen, abgelehnt hat. Die Firma lehnt jede Erhöhung ab, erklärt sich aber bereit, allen den Abschreiben zu geben.

Der Generalarbeiter Sch. von Gebr. S., Wilmersberg, hat einen Verdienst von 97 Pf. Da er jedoch eine große Familie hat, kann er mit seinem Verdienst nicht auskommen und beantragt deshalb seinen Abschreiben. Die Firma will im Höchstfall nur 1,02 M. geben, Sch. wird der Abschreiben zugesprochen.

Ausweisblätter für das Schneidergewerbe. In der Notiz in Nr. 59 unseres Blattes ist im 3. Absatz letzter Satz ein Fehler enthalten. Der Satz muß heißen: „Ebenso ist, wenn jemand nach dem 1. März, etwa im Mai oder Juni, ein Ausweisbuch verlangt, ihm dies auch dann noch unter den gleichen Voraussetzungen auszuhandigen.“

Aus der Partei.

Das psychologische Rätsel.

In der Leipziger Volkszeitung vom 27. Februar beschäftigt sich Franz Wehring über den Leipziger Genossen C. Wylau. Wehring beklagt Wylau der Bescheidenheit, weil dieser nach dem Bericht der Leipziger Volkszeitung auf der Leipziger Generalversammlung ausführte: „Wehring habe in den Lichtstrahlen geschrieben, daß je mehr Arbeiterbeschwerden, desto stärker der Kapitalismus, und wenn wir uns gegen Soldatenmishandlungen wenden, so stärken wir den Militarismus.“ Wehring behauptet, weder in den „Lichtstrahlen“, noch sonstwo dieses „sinulose Zeug“ geschrieben zu haben. — In seiner Entgegnung zitiert Genosse Wylau wörtlich den in Nr. 4 des ersten Jahrgangs der „Lichtstrahlen“ enthaltenen Artikel Wehrings „Parlament und Sozialdemokratie“. In diesem wendet Wehring sich gegen eine allzu hohe Schätzung der von der Reichstagsfraktion geleisteten positiven Arbeit mit folgenden Worten:

„Aber man übersehe doch nicht die Rehrseite der Medaille! Wenn wir Arbeiterbeschwerden schaffen oder schaffen helfen, so tun; wenn wir gegen die Soldatenmishandlungen ankämpfen, setzen uns von unserem eigentlichen Ziele, dem Gemeinwohl, wenn wir gegen die Soldatenmishandlungen ankämpfen, so schwächen wir nicht, sondern stärken den Militarismus und entfernern uns von unserem eigentlichen Ziele, der Welt.“

„Diese Ausführungen.“ fährt Genosse Wylau fort, „habe ich wörtlich in der Versammlung am 23. Februar vorlesen. Wo F. Wehring den Mut hernimmt, sein eigenes vor drei Jahren gebotenes Wortesprodukt zu bezeugen, ist mir unerfindlich.“

Die Italiener gegen Teilnahme an der Pariser Sozialistenkonferenz.

Die italienische Partei beschloß auf ihrer römischen Delegiertenkonferenz, ihre Zusage zur Teilnahme an der Pariser Konferenz der Entente-Sozialisten wieder zurückzuziehen. Seit bekannt wurde, daß die kriegsbehebischen Reformsozialisten an der Konferenz teilnehmen werden, was ja bei ihren rühmlichen, eifrig gepflegten Beziehungen zu den Franzosen nicht verwunderlich ist, regte sich innerhalb der

Partei mehr und mehr der Widerspruch gegen den Beschluß. Jetzt hat die Mehrheit der Partei die Aufhebung des früher gefassten Beschlusses durchgesetzt. Die russischen Sozialisten hatten bereits früher die Teilnahme an der Konferenz der Entente-Sozialisten abgelehnt.

Konferenz der italienischen sozialistischen Presse. Auf der Konferenz der Presse, die der Parteikonferenz in Rom voranging, waren 42 Wochen- und Monatsblätter vertreten. Es wurde die Einrichtung eines zentralen Nachrichtenbureaus beschlossen, das die Blätter mit Parteimitteilungen des In- und Auslandes zu versorgen hat. Diese Aufgabe wurde dem Parteivorstand und der Redaktion des „Avanti“ übertragen.

Der österreichische Frauenrat des Jahres 1917. Das Frauenkomitee in Oesterreich hat den Beschluß gefaßt, den Frauentag in diesem Jahre auf den 25. März festzusetzen. In diesem Tage sollen in allen Bezirken Wien's Frauenversammlungen abgehalten werden. In den übrigen Teilen Oesterreich's sollen die Frauenversammlungen innerhalb zwei Wochen abgehalten werden.

Stellungnahme der Organisationen. Eine Wahlkreis-Konferenz für den 18. hannoverschen Wahlkreis, der die um Gogel liegenden Industriegebiete Osterholz-Scharmbeck und Stade umfaßt, nahm am vergangenen Sonntag eine Entschließung an, die etwa folgendes besagt: Eine endgültige Stellungnahme zu den Parteifreistellungen ist nicht möglich, so lange die übergeordnete Mehrheit der Genossen des Kreises im Felde steht. Die Kreis-Konferenz erklärt sich aber mit dem Aufruf der Parteivorstände einverstanden, erwartend von allen Organisationen und Genossen des Kreises die Innehaltung der organisatorischen Regeltiefe und lehnt jede Zugehörigkeit zu einer Sonderorganisation ab.

Eine Zusammenkunft der Parteifunktionäre für den 17. hannoverschen Wahlkreis erklärte sich nach einem Vortrag des Parteisekretärs Waigand-Bremen und nach einer regen Aussprache einstimmig mit der Mehrheitspolitik einverstanden.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Einnahmen der Großen Berliner Straßenbahn, die nicht genug über die schlechten Zeiten kamen, sind im Februar um 135 305 M. auf 3 512 483 M., seit Jahresbeginn um 591 889 auf 7 596 642 M. gestiegen.

Die Fabrikanten der Rußisch-Kaltpfannen-Industrie haben einen Verband gegründet unter dem Namen: „Freie Vereinigung der deutschen Rußisch-Kaltpfannen-Industriellen“. Der Sitz des Verbandes ist Berlin. Der Vereinigung sind bisher beigetreten: Anker-Phonogramm G. m. b. H., Weihenice; Sels-Record Aktien-Gesellschaft, Berlin; Carl Bindewitz A.-G., Berlin; Tacapo Record G. m. b. H., Berlin; Deutsche Gramophon Aktien-Gesellschaft, Berlin; Homophon Company m. b. H., Berlin; Graphonwerke G. m. b. H., Berlin; Deonwerke m. b. H., Weihenice; Berlin; Polyphon-Rußwerke A. G., Wahren b. Leipzig; Schallplattenfabrik Star-Record m. b. H., Berlin; Vereinigte Schallplattenfabrik Janus-Minerva, Hannover.

Wieder eine neue englische Kriegsanleihe.

Die „Postische Zeitung“ erzählt aus London: Nach Londoner Meldungen plant Bonar Law eine Loanleihe von 100 Millionen 4 pro. Obligationen zu 1 Pfund Sterling. Die letzteren sollen mit 25 Schilling innerhalb 25 Jahren durch vierteljährliche Ziehungen rüchschaffbar sein. In jeder Ziehung sind Ziffern von 100 bis 100 000 Pfund Sterling vorgeben. Die Rückzahlung der Lots und die Verzinsung würden 145 237 500 Pfund Sterling erfordern.

England hat scheinbar viel größere Schwierigkeiten als Deutschland, um Zeichner für Anleihen anzulocken. Der englische Schatzkanzler muß daher besondere Reize erfinden — eine Aufgabe, der sich unsere Finanzleute nach dem Kriege erst werden widmen müssen. Die schon oft erwähnt, gehen die Schwierigkeiten der englischen Kriegsfinanzierung auf die Grundtatsache zurück, daß der englische Kapitalist im Gegensatz zum deutschen, der auf die Anlage seines Kapitals in Kriegsanleihe beschränkt ist, wenn er nicht das Risiko der Aktienpekulation tragen will, unendlich größere Möglichkeiten der Kapitalsanlage in Waren und Wertpapieren hat.

Reichsgericht und Kriegsmünzer.

Ein Kaufmann kann nach Ansicht des Reichsgerichts des Kriegsmünzers schuldig werden, wenn er Waren, die er noch nicht besitzt, mit denen er sich erst eindecken muß, zu einem bestimmten Preise verkauft und wenn er diesen Preis nicht ermäßig, sofern er sich besonders billig eingebedt hat. Der Reichsgerichtsentscheidung lag folgender Fall zugrunde. Ein Kaufmann hatte einer Stadtgemeinde Zwiebeln zum Preise von 37 M. für 100 Kilogramm verkauft. Am nächsten Tage kaufte er die Zwiebeln für 30 M. für 100 Kilogramm. Da er auf den vereinbarten Preis von 37 M. bestand, so hat er Kriegsmünzer begangen.

Enteignung deutschen Aktienbesitzes.

Die russische Regierung annulliert die Aktien russischer Gesellschaften in deutschem Besitz. Der Gegenwert wird nach dem ungefähren Kurs auf Grund der letzten Friedensbilanz berechnet und bei der russischen Reichsrentei hinterlegt.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für die Kunst: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co. Berlin SW.

Stier 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Einsegnungs-Anzüge Blau, schwarz und Marengo.

M. Schulmeister

Jünglings-Anzüge und Knaben-Anzüge

Prüfungs-Anzüge

Berlin SO, Dresdener Straße 4.

Loden - Pelerinen

Hochbahnstation Kottbusser Tor.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

August Holtz 13 Detail-Geschäfte.	Drogen und Farben Werdner-Drogen, Brauhausstr. 4.	Essigfabriken Esigfabrik, Alte Jacobstr. 24.	Utenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.
Brauerei Bützow empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.	Essigfabrik überaus erfrischend!	Flisch-u. Wurstw. W. Beck	Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21. Alt Moabit in 95733 u. ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb.
C. Habels Brauerei hell - Nabelbräu - dunkel.	W. Beck Inh.: Herm. Gehrich Charlottenburg, Berlin-ost, 08-09. Fleisch- und Wurstwarenfabrik Willy Gericks, Potsdamerstr. 31. Otto Kengel, Alte Jacobstr. 24.	J. Baer Inh.: J. Baer, Berlin, Prinzen-Allee, 17. Laska & Stupocki, Schenk-Allee 7. Fabisch & Co., Rosenhulstr. 1. Kolonialwaren, Adam Schütz, Potsdamerstr. 11.	Herm. Meyer & Co. Akt.-Ges. ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl.
Münchener Brauhans Berlin und Oranienburg.	Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.	Uderberg SEMPER IDEM	„Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung - Schützengilde - Arbeitervereine - Straß. 3. Spandau.

Reichstag.

88. Sitzung. Freitag, den 2. März, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Dr. Helfferich, Graf Koserow, von Stein.

3. kurze Anfragen.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (natl.) weist auf das Lager erheblicher Kleidbörren in den einzelnen Provinzen hin, ohne das die Landwirte Kleie erhalten können, und fragt, ob der Reichskanzler zur Unterstützung der Landwirtschaft und für die Volksernährung durch Erleichterung vermehrter Mischherzeugung einzutreten bereit ist.

Ein Regierungskommissar: Die Kleidbörren sind nicht so groß, als man vielleicht annimmt. Was die Militärverwaltung entbehren kann, ist zum Teil schon an die Zivilbevölkerung abgegeben, der Rest wird demnächst zur Ausfüllung gelangen.

Abg. Graf v. Westarp fragt die Aufmerksamkeit auf die völkerrightsmäßige Behandlung deutscher Gefangenen und bittet um Auskunft über die dagegen unternommenen Schritte.

Ministerialdirektor Dr. Krieger: Die Reichsregierung hat von Anfang des Krieges an alles getan, um die Behandlung unserer Gefangenen in feindlichen Ländern zu verbessern. Sie ist auch zu Vergeltungsmahregeln geschritten, nicht um an Wehrlosen Rache zu nehmen, sondern lediglich, um für unsere in Gefangenschaft geratenen Landleute eine dem Völkerecht entsprechende Behandlung durchzusetzen. Offensbare Barbareien der Gegner ahmen wir allerdings nicht nach. In einer Reihe von Fällen ist durch die Vergeltungsmahnahmen der gewünschte Erfolg erzielt, leider nicht in allen Fällen. Die Reichsregierung ist dauernd bestrebt, das Los unserer Gefangenen zu verbessern. Ein Weibch über diese unsere Tätigkeit wird dem Reichstag heute oder morgen zugehen.

Vierter Tag der ersten Beratung des Etats und der Kriegsteuern.

Oberst Wriesberg:

Der Abg. Stresemann hat dem General v. Loewenfeld Man gel an Takt vorgeworfen. Diesen Vorwurf muß ich zurück weisen. Wenn der Abg. Stresemann zweifelt, ob der General v. Loewenfeld an der richtigen Stelle steht, so will ich ihn von seinen Zweifeln befreien, indem ich ihn bitte, die Entscheidung dieser Frage der zuständigen Stelle zu überlassen. (Weiterleit.)

Abg. Haußmann (Sp.):

Von deutscher Gefährdungsfür die den Vergeltungsmahnahmen gegen Gefangene zu sprechen, war vom Kriegsminister wenig glück lich. Herr Ledebour hat es sich nicht zu lassen, zu schreiben, daß er nicht ernst genommen wird. Seine Rede hier war nur möglich, weil andere die Vernunft haben, dem Vaterland gegenüber ihre Pflicht zu tun. Das deutsche Friedensangebot war ein ehrliches, und die Verantwortung für die Weiterführung des Krieges liegt bei unseren Gegnern mit ihren übertriebenen Forderungen. Wie das bei unseren Gegnern nicht, könnte Lord George zu seiner Überraschung erfahren, wenn England ein Waffenstillstand zur Vornahme einer Abstimmung an der Front bewilligt würde. Bei den übertriebenen Kriegsziele der Alldeutschen soll man nicht vergessen, daß der Verband gegründet wurde, um gegen Caprioli Sturm zu laufen, als er Helgoland für das Reich durch Eingabe von Jansbur erwarb. Das sollte Berrat am Vaterlande sein. Dieselbe

Dilettantenhaftigkeit in der Beurteilung historischer Vorkommnisse

zeigt die alldeutsche Agitation auch heute. (Sehr gut! h. d. Sp.) Amerika steht jetzt vor wichtigen Entscheidungen. Für uns gibt es im Unterseebootskrieg jetzt keine Halbheit; nicht aus Laune und Uebermut wird er geführt, sondern aus Notwehr. (Lebhafte Zustimmung links.) Zwischen Amerika und Deutschland gibt es überhaupt kein Kriegsziel, und ein solcher Krieg wäre daher der wichtigste. Wenn die Neutralen durch den U-Bootkrieg in die Gefahr einer Hungersnot kommen, so tragen wir nur den kleinsten Teil der Schuld. Die Hauptschuld haben unsere Gegner. (Sehr richtig! h. d. Sp.) Bei den Steuern werden wir eine Kohlensteuer nicht vermeiden können und ebensowenig Verkehrssteuern, mit direkten Steuern allein werden wir in der gegenwärtigen Situation nicht auskommen. — Auf die große Gefahr, daß weiterer Besitz in Deutschland gebunden werden soll, will ich im einzelnen nicht eingehen. Graf Westarp freilich hält schon das für ein unbedeutendes Hineinreden in Dinge des preussischen Landtages. Aber gerade das Hineinreden dem Reichstag gegenüber ist ja dort Rade und entspricht dem Machtverhältnis des preussischen Landtages, der seine Macht mit Hilfe des Dreiklassenwahlrechts aufrechterhalten will. Den schönen Ueberzeugungen des Reichskanzlers stehen starke Widersprüche entgegen und die Festigung dieser Ueberzeugungen konnte wohl zu Anfang des Krieges aufgeschoben werden, aber jetzt geht das nicht mehr an. (Lebhafte Zustimmung links.) Man spricht soviel davon, daß das parlamentarische System nicht lauge. Nun wir kennen nur ein unparlamentarisches System, und was leistet dieses denn! Jede Fühlung zwischen Parlament und Verwaltung fehlt. Der Reichskanzler darf sie nicht suchen, weil er sonst „Kronredie“ preisgibt. Und wie wird bei uns gearbeitet und wer arbeitet! Es hat sich am Sonntag ein Ausbruch von Räumern gebildet, um das Vaterland zu retten. Das Ziel war:

Sturz des Reichskanzlers.

Das Mittel: Entfaltung einer großen Bewegung, Volksversammlungen, Sammlungen von Geld, Eingaben an den Reichstag. Die Einladung ist verfaßt worden an die „besten und künftigen Männer“, und es hat der Einladende die Freundschaft gehabt, alle Beschlüsse, die ge faßt werden sollten, bereits im Entwurf mitzuteilen. Es ist also mitgeteilt worden: erstens eine Eingabe an den Reichstag mit einer Anfrage gegen den Reichskanzler, in der alle solchen und entstellten Angaben aus den langsam bekannten Vorkäufen wieder auftauchen. Als neuer Punkt wird hinzugefügt, daß nunmehr be kannt sei, der Kaiser und nicht der Kanzler sei der Urheber des Friedensangebotes, während doch der Kanzler den Anschein erweckt habe, als sei es von ihm ausgegangen. Die Unterzeichneten verlangen, der Feldmarschall von Hindenburg soll der Reichskanzler werden. (Weiterleit.) Eine Vermehrung der Arbeit würde dadurch nicht stattfinden, die Diplomatie müßte über gehen in die Kriegsführung, was übrig bleibt an politischen und diplomatischen Formalien (Große Weiterleit), das könnten die Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre ausführen.

Herrenhaus und Abgeordnetenhaus müssen sofort zu Sonderberatungen zusammentreten, um zu den genannten Fragen Stellung zu nehmen. Stolpers man doch jetzt nicht über Zwirnsfäden. (Lebhafte Hör! Hör! links und im Zentrum.) Es ist dann auch eine Eingabe an Seine Majestät öffentlich aufgelegt worden, in der es heißt: „In dieser entscheidenden Stunde wagen es die Unterzeichneten untertänigst, Euer Majestät zu bitten, Herrn v. Bethmann Hollweg zu entlassen. (Hör! Hör! links und im Zentrum.) Sie sind sich der Ungewöhnlichkeit ihres Schrittes bewußt. (Stürmisches Weiterleit links und im Zentrum.) Aber die Zeit ist so furchtbar ernst, daß auch die Ungewöhnlichkeit berechtigt ist, zumal, wenn sie

aus Liebe zu Kaiser und Reich geschieht. (Stürmisches Hör! Hör! links und im Zentrum.) Durch den furchtbaren Krieg sind Kaiser und Volk eins geworden, so daß irgendwelches Mißverständnis von Seiten, die Deutsche an ihren Kaiser richten, ausgeschlossen ist. (Lachen links und im Zentrum.) Die Entlassung von Ministern ist ein Thronrecht, und wir wollen an diesem Thronrecht selbstverständlich nicht rühren. Die ehestellige Bitte aber, dieses Thronrecht auszuüben zum Heil des in seinem Bestande bedrohten Vaterlandes, findet gerade veranlaßt in der Not der Zeit und in der Liebe und Ergebenheit der Unterzeichneten zu Kaiser und Reich.“ (Stürmisches Hör! Hör! links und im Zentrum.) Bewegung im Hause.) Es schlingelt man sich herum, so schmeichelt man, wenn man sich die größten Eingriffe in die angeblich geheiligten und hochgehaltenen Thronrechte herausnimmt. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Da heißt es dann weiter: „Mit einer geradezu verhängnisvollen Verblendung hat Bethmann Hollweg sich

den Daß der besten, künftigen Kreise

zugezogen, und sich diese Kreise entzogen.“ (Lebhafte Hör! Hör! links und im Zentrum.) In dieser Weise arbeitet man mit direkt unwarhären Tatsachen! Aber das ist noch nicht einmal das Schlimmste. (Hör! Hör! links.) Man sucht das Hauptquartier, die Regionen, die unser höchstes Vertrauen besitzen und mit dem Respekt und der Bewunderung aller Deutschen umgeben sind und umgeben bleiben sollen, in diese parteitaktischen Umtriebe hereinzuziehen. (Stürmisches Hör! Hör! links und im Zentrum.) Da wird erklärt: „Der Feldmarschall ist wegen seiner absoluten Unentschiedenheit (Stürmisches Gelächter links) schließlich unabhöflich.“ (Lachen links und im Zentrum.) Kaiserliche Gnade oder Ungnade können ihn nicht berühren. Er allein in Verbindung mit Ludendorff sind Wächter über Deutschlands und Preußens Ehre und Bestand und damit auch der Hüter der Hohenzollern-dynastie als Trägerin der Kaiserkrone und der Königskrone von Preußen. Denn beide Throne fassen in den Staub, wenn es und nicht gelingt, in diesem Kriege zu siegen. Was der Feldmarschall will, geschieht, und,

wenn es zu einem Gegenfall käme, entweder Hindenburg oder Bethmann, dann wäre die Besetzung Bethmanns gesichert.

Die Zukunft unseres Volkes und seiner Fürstendynastie fordert die Herbeiführung dieses Gegenjahres.“ (Stürmisches Hör! Hör! links und im Zentrum.) — Zurufe: Schluß! Mit diesem Schreiben, das dem Feldmarschall vorgelegt werden soll, haben sich durch Unterschrift einverstanden erklärt:

Geheimrat Rindorf-Wülhelmsruh, Geheimrat Kötling-Hannover, Admiral v. Knorr-Berlin (Hör! Hör!), Rechtsanwalt Pehold-Blauen, Fürst Otto v. Salzufler (Hör! Hör!), Professor Dr. Schmelzer-Hannover, Rechtsanwalt Freygang-Chemnitz,

also zwei sächsische Rechtsanwälte. (Stürmische Zurufe: Schluß!) Die Herren sind tatsächlich am Sonntag

im Hotel Adlon

zusammengekommen und haben den Mut gehabt, über diese Ein gaben zu beraten. Es ist ihnen gottlob dadurch das Gewissen ge schlichtet worden, daß ihr Treiben bekannt war. (Zuruf links: Sie haben ja gar keine! — Unruhe rechts.) Sie haben tatsächlich von morgens bis abends darüber beraten, ob sie diese Eingaben wirklich machen wollen. Zu der Beratung hatte sich noch ein anderer Schwerstarbeiter (Weiterleit) eingeschunden. Geheimrat Duisberg, und er hat dort ganz besonders das Wort ge führt. Von den Beratungen will ich Ihnen nur einige Kostproben mitteilen. So wurde als einer der geistreichsten Aussprüche fortge setzt die Bezeichnung „Die Chormänner der Wilschulstraße“ gebraucht. (Große Weiterleit links und im Zentrum.) Ein Redner verlangte nicht die Erziehung des preussischen Landtags wählrechtes durch das Reichstagswahlrecht, sondern sagte,

zeitgemäß sei die Erziehung des Reichstagswahlrechtes durch das preussische Dreiklassenwahlrecht.

(Stürmisches Gelächter links und im Zentrum.) Geheimrat Duis berg, der einmal im Hauptquartier gewesen und dessen Auftreten deshalb ganz besonders unqualifizierbar war, hat ja schon im vorigen Sommer Vorträge gehalten und hat z. B. in einer Ver sammlung in Düsseldorf die Abberufung Bethmanns verlangt mit der schönen Wendung: „Was uns heute nottut, sind klare Augen, Halsnagen.“ (Große Weiterleit links und im Zentrum.) Damals hatte man Herrn v. Falkenhahn als Nachfolger Bethmanns angelehnt. Seitdem in der Besetzung der Obersten Heeresleitung eine Aenderung eingetreten ist, hat sich Geheimrat Duisberg sofort mitgeändert und so tritt er jetzt anstatt für Falken hahn für den

Feldmarschall Hindenburg als Nachfolger Bethmanns

ein. (Hör! Hör! links und im Zentrum.) Die ganze Aktion, die ganze Bombe hat sich glücklicherweise als ein Blindgänger er wiesen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Die Herren hören nicht auf zu sagen, daß sie Millionen hinter sich hätten. (Zurufe links: Millionen Mark! Große Weiterleit.) In ihrem Ein lobungsstreiben haben sie sich darauf berufen, Graf Westarp habe sein Erscheinen zugesagt. Wir haben daraufhin Kenntnis er halten von einem interessanten Briefe des Grafen Westarp, aus dem hervorgeht, daß er tatsächlich mit dem Entrepreneur der Sache eine Besprechung gehabt und sich von ihr zurück gegeben hat, nachdem er Kenntnis von dem Inhalt des Betätigungsmaterials erhalten hatte. Es wäre aber auch ein Maß von unpölitischen Verhalten, das wir dem Grafen Westarp am wenigsten zutauen, gewesen, wenn er in diese Falle gegangen wäre, nachdem er gesehen hatte, wohin der Hahn lief. Graf Westarp hat den Ruh zeitig zurückgezogen, aber nicht ohne eine kleine Schürfung davonzutragen und nicht ohne den nach meiner Ansicht kom promittierenden Schlußsatz, daß eine politische Veranstaltung zurzeit nicht angängig sei. Graf Westarp hätte diesem Treiben gegenüber ganz anders abwinken müssen als dadurch, daß er schrie, zurzeit seien solche Veranstaltungen nicht angängig. (Lebhafte Zustimmung links.) Das klingt ja geradezu wie eine Aufforderung, es in einer späteren Zeit zu machen, wo man dann vielleicht auf

die wertvolle Mitarbeit des Führers der konservativen Partei

rechnen kann. Nicht so vorkünftig wie Graf Westarp war der Abgeordnete v. Graefe (Abg. Werner-Siegen: Er denunziert weiter! — Lachen.) Als der Reichskanzler am 12. Dezember dem Reichstags Mittelteilung von dem Friedensangebot machte, da sah bekanntlich die ganze Rechte da, ohne auch nur ein Wort des Beifalls oder der Zustimmung zu äußern. Der Abgeordnete v. Graefe aber hat sich nicht beherrschen können und hat wiederholt gerufen:

Skandal! Skandal!

(Stürmisches Hör! Hör! links.) Jetzt freilich hat Graf Westarp ausgesprochen, daß dieses Friedensangebot des deutschen Kaisers die volle Sympathie seiner Partei genießt. (Zurufe links: Jetzt! Sie sehen, Sie, Graf Westarp, und zu Danke verpflichtet, daß wir Sie damals nicht haben reden lassen. (Sehr gut! links.) Und wenn Sie das nicht zugehen wollen, so werden Sie das zugehen müssen, daß es klar von uns war, die Rede des Herrn Ledebour nicht im Dezember halten zu lassen. (Sehr richtig! links.) Wenn das Friedensangebot mit den Reden des Grafen Westarp und des Herrn Ledebour hinausgegangen wäre, es wäre der schlimmste politische Fehler

gewesen, den Deutschland hätte machen können. (Stür mische Zustimmung links und im Zentrum.) Wir haben uns verdient gemacht, daß wir verhindert haben, das Friedensangebot durch solche Reden ersticken zu lassen. Ich freue mich, daß die Rationalisten sich gegen die Adlon-Konferenz glatt ab lehnen verhalten haben und ich hoffe, daß sie es dabei nicht be wehren lassen, sondern sich noch ganz anders gegen diese Umtriebe wenden. Sie werden wohl auch einen Herrn, der unter der nationalliberalen Flagge eine ähnliche Agitation be treibt, von sich abkötteln. (Unwillige Zurufe: Dr. Strese mann.) Ich meine Herrn Beckmeier. (Weiterleit links.)

Es war einmal notwendig, Luft und Licht in diesen alldeutschen Mauerichwanen

zu bringen. (Beifall links.) Wenn einst die Geschichte dieser Tage geschrieben wird, dann wird sie diese Umtriebe als symptomatischen Beweis dafür ansehen, daß wir vor dem Kriege noch nicht zu den Entwicklungsstadien des öffentlichen Lebens gekommen waren, die dieser Weltkrieg als Notwendigkeit und als ein Moment der Stärke für Deutschland er brachten. Wir haben die Kraft, alles zu übersehen. Wir haben vor dem Kriege keine Schanzmacher ge braucht und brauchen sie während des Krieges erst recht nicht, denn das deutsche Volk hat so selbstverständlich seine Pflicht getan, so heldenmähig, so schön, daß alle Befürchtungen widerlegt worden sind. (Beifall links.) Die Haltung der Sozialdemokratie in diesem Kriege war geradezu glänzend. Wir stehen alle zusammen, Stadt und Land, Bauern und Arbeiter. Alle Kreise geben ihr Bestes, auch der Adel, was wir gern anerkennen. (Beifall.) Politische Gegensätze hindern uns nicht, offen zu sagen, daß der Adel mit seinen fürstlichen Ausgezeichneten geleistet hat. (Beifall.) Nur soll er nicht so tun, als ob bürgerliche Führer nicht auch ihre Schuldigkeit getan. Das deutsche Volk hat gelernt und wird weiter lernen. Die Weltgeschichte wird dereinst das Volk als Sieger im Weltkrieg bezeichnen, das am meisten aus dieser schweren Zeit gelernt hat, die wie in einer Konzentration der Stimmungen durchmachen und die es nicht nötig machen sollte, solche Auseinandersetzungen herbeizuführen. (Sehr gut!) Nur zur Vermeidung weiterer Ge fahren war es einmal notwendig, diese Dinge öffentlich zu Sprache zu bringen. (Stürmischer Beifall links.)

Abg. Schiele (L.):

Meine politischen Freunde danken mit dem ganzen Hause dem Kriegsminister (große Weiterleit auf vielen Banken, weil der Redner in diesem Augenblick die vorbereitete Rede hält) für die Entschiede heit, mit der er sich des Loses der deutschen Kriegsgefangenen an genommen hat. Aufklärung wäre darüber notwendig, inwieviel dänische Zeitungsmeldungen recht haben, daß über den U-Boot-Krieg deutsch-dänische Verhandlungen stattgefunden hätten. Die Art, wie der Kollege Keil den ruhigen sachlichen Ausführungen des Grafen Westarp entgegentrat, war durchaus nicht gerecht fertigt. Mit Unrecht wird er uns übertriebene Anknüpfung vor. Aber der Kollege Keil mag sich einmal in den Schützengräben umsehen, was die dort befindlichen Sozialdemokraten als ihr Ziel betrachten. (Sehr richtig! rechts.) Bei uns ist die Fühlung mit den Schützengräben, die die Kollegen Keil und Scheidemann und ab sprechen, in reichstem Maße vorhanden. Die Einstellung von 5 Millionen in den Etat für die Kriegsgeschädigten zur Erwerbung eigenen Landes ist zu begrüßen. Die Ansiedlung deutscher Kriegs geschädigter in dem zu erwerbenden Aurland und Litauen wird unsere Entwicklung aufs glücklichste fördern. Es wird zu viel organisiert. Wir organisieren uns fast zu Tode. Es ist un redig, daß in den Arbeiterauschüssen des Hilfsdienstes nur Gemein schaftsvorsteher sind, die doch nur ein Viertel der gesamten Arbeiterschaft ausmachen. Diese Kriegsgeschädigten müßten wir von der Vermögensstaftung im Reich leiten. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Zimmermann:

Dem Abg. Schiele erwidere ich: An sich würde mir eine Dampfverbinding zwischen Dänemark und Nor wegen unbedenklich erscheinen. Wir haben zwar eine Handels sperre gegen unsere Feinde ausgesprochen, aber nicht erklärt, daß wir den Verkehr zwischen den neutralen Staaten unterbinden würden. Die Verbindung von Dänemark nach Aberdeen wird selbstverständlich von unseren Unterseebooten ganz genau beobachtet, ebenso die Schiffverbindung von Norwegen nach England. Ich hoffe, daß auch diese Schiffe von den Unterseebooten in den Grund gebohrt werden. Meine vorgeschlagenen Auslastungen über die dänischen Verhandlungen habe ich nichts hinzuzufügen. Im übrigen verweise ich auf meine Ausführungen in der Kommission. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Freiherr v. Camp (Dsch. Fr.):

Wenn Herr Scheidemann wieder den Standpunkt in der Entschädigungsfrage vertreten hat: Jeder trage seine Last, so ist er sich der Tragweite dieser Äußerung wohl nicht ganz bewußt. Wir müssen auf jede Weise sehen, unsere schwer belasteten Finanzen zu verbessern. Die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich würde ein großes Loch in die preussischen Finanzen reißen und ist natürlich während des Krieges praktisch ganz un durchführ bar. Dasselbe trifft für die Verstaatlichung der Berg werke zu. Der Lon, den der Herr Kriegsminister in der Frage der Behandlung deutscher Gefangener anschlag, kann erfreulich anders als die früheren Erklärungen des Vertreters des Aus wärtigen Amtes in der Kommission, der meinte, wir könnten nicht an Wehrlosen Rache üben. Ich sage, auf einen Schwelmer gehören anderthalb, sonst erreichen wir nichts für unsere Gefangenen. (Bravo! rechts.) Das Bekannte wäre, eine Anzahl Rotabeln aus den besetzten französischen Gebieten

vor unsere Front zu bringen. Hier noch von Humanität zu reden, angesichts dieses brutalen Vorgehens gegen unsere Gefangenen, zeugt wirklich von einem Mangel an Einsicht. (Sehr richtig!) Das Vorgehen des Grafen Hornbroch verdient wirklich nicht das Aufheben, das man davon macht. Der Blind gänger ist ja schon kaputt. Also ganz unschädlich. Der unbedingte U-Boot-Krieg hätte drei Monate früher begonnen werden müssen, dann wären wir heute weiter. (Sehr richtig! rechts.) Die Fideikommiss sind unbedingt notwendig zur Er haltung des Baldes. Den Kriegswaherren ist der Zugang zu den Fideikommissen durch das preussische Gesetz unmöglich ge macht. Auf der anderen Seite muß nach ihm Land frei bleiben für Arbeiterfideikommissen. Redner begrüßt schließlich die vom Reichstagspräsidenten angeregte U-Boot-Expede. (Bravo! rechts.)

Abg. Fürst Radzimir (Pol.):

Die polnische Nation hat immer den Wahlspruch: „Toujours on vodette!“ (Stets auf Wachtposten!) betätigt, aber keineswegs ist das polnische Volk von Haß gegen die deutsche Nation erfüllt; lediglich die Liebe zu unserem eigenen Volk, unsere Pflicht gegen unsere tausendjährige Geschichte und Kultur hat uns bei unserem Tun geleitet. Die Abwendung von der Ka sinettspolitik, die der Reichskanzler vertritt, hat in unseren Herzen ein besonderes Echo ausgelöst. Was immer auch die Zukunft für das polnische Volk im Sachose hat, ist für alle gegenwärtig durch einen blutigen Schleier verdeckt. Aber was auch ge schehen möge, die polnische Bevölkerung wird die Worte der Fürsorge, die sie jetzt während des Krieges gehört hat, nicht vergessen. (Bravo!) Ich schließe mit dem Wunsche, daß der Friede uns bald befreit sein möge. (Bravo!)

Abg. Heale (Soz. Arb.):

Die Grausamkeiten gegen die Gefangenen können unseren Abßeu gegen den Krieg nur vermehren.

Ein von allen bürgerlichen Parteien unterstützter Antrag v. Gehdebrand, wonach die Staatsregierung dem Hauptaus- schuß Auskunft über die Tätigkeit der Zentralkonferenz- gesellschaft geben soll, wird angenommen. Darauf wird die zweite Lesung des Aufsatzes bei den

Höheren Lehranstalten:

Abg. Gaffel (Sp.): Wir wünschen volle Gleichberechtigung aller höheren Schulen für alle weiteren Studien. Die schwierige Berechtigungsfrage würde durch eine etwaige Beseitigung des Einzelschulprivilegs wesentlich vereinfacht werden. Der griechische Philosoph Plato hat über die Kämpfer gegen die gewaltige persische Heeremacht bei Marathon gesagt: „Nach so großer Reue der Heeresrückzug und nach so gewaltige Heeresmacht müßen wir die Tapferkeit und die Tüchtigkeit.“ Dieses Wort gilt für uns, wie jetzt im Krieg, so auch nachher im Frieden. Wenn wir bei der kommenden Ausgestaltung des Unterrichtswezens jedem Befähigten den Weg zur Bildung eröffnen, dann wird auch die Anhänglichkeit an Staat und Vaterland immer mehr wachsen und überaus wird aus voller Brust der Ruf ertönen: Das Vaterland, Deutschland, Deutschland über alles! (Sehr lebhaft Beifall.)

Aufsichtsdirektor Dr. v. Troitz zu Solz: Neben dem Lehrermangel haben u. a. auch die Kälteferien den Schulbetrieb erschwert. An eine Aufrechnung der Kälteferien gegen andere Ferien wird nicht gedacht. (Beifall.) Alle Reformideen werden sorgfältig geprüft und das Gute daraus entnommen; sie waren zu Kriegsbeginn revolutionär, jetzt sind sie ruhiger, konservativer. Der Uebergang von den Volksschulen zu den höheren wird erleichtert sein, möglich war er in Preußen immer. Schon jetzt kann man die Vorstufe nicht als „Spezialschule“ bezeichnen. Dem Gedanken der Einbeziehung einer allgemeinen Schulkonferenz kehrt die Regierung wohlwollend gegenüber.

Das Volksschulwesen.

Abg. Detsch (L.): 11 000 Volksschullehrer und Seminaristen sind bisher gefallen. Die Hauptursache ist der Geist in den Schulen. Ohne die Religion wäre unsere Volksschule nicht mehr das was sie ist. Auch bei uns sollten reiche Privatleute mehr für Bildungszwecke hergeben. Wegen eine zu scharfe Heranziehung der Lehrerinnen sprechen zahlreiche Gründe. Die körperliche Enttäuschung darf nicht zum Kraftmeiertum führen.

Abg. Dr. v. Redlich (R): Noch immer werden Lehrern die Kriegszulagen vorenthalten, so in Breslau. Die Ungewißheit, wer diese Zulagen leisten Endes zu bezahlen hat, darf die Auszahlung nicht hindern. Die Volksschule kann sehr auf die Vorstufe für die höheren Schulen bilden. Die Einheitschule ist ein recht nebelhaftes Gebilde.

Abg. Dr. v. Campe (nall.): Die Sammeltätigkeit der Kinder ist keine Spielerei, sondern eine ernste Kriegstätigkeit gewesen, ebenso ihre Mitwirkung bei der Kartoffelernte. In einer Stadt Schleibitz-Hofstems muktete die Lehrer die vom Staat bereits ausgeschalteten Zulagen abliefern, weil sie Zahlungsscheine der Gemeinden war! Der Aufsicht der Volksschüler muß erleichtert und gefördert werden, kein Beruf darf einem deutschen Volksgenossen verschlossen sein. Der gesunde Kern der Forderung nach der Einheitschule ist, daß eine gemeinsame nationale Grundform unseres ganzen Schulwesens gegeben werden soll. In der Vereinfachung aller Gemeinthe liegt die Zukunft unserer Volksschule. Neben der Schule der Schule, dann wird sie uns die reichen geistigen Schätze wiedergeben, die uns der Krieg geraubt hat. (Beifall.)

Sonnabend 10 Uhr: Weiterberatung. Schluß 4 Uhr.

Soziales.

Tuberkulose in der Bevölkerung und im Heere.

Keine Krankheit ist so verbreitet wie die Tuberkulose und keine fordert demgemäß mehr Opfer. Der Selbsthaltungstrieb zwang die Kulturvölker, den Kampf gegen diesen heimtückischen Feind auf breiter Basis aufzunehmen, wobei allerdings die miltlichen Verhältnisse, in denen der größte Teil der arbeitenden Bevölkerung leben muß, sich hinderlich in den Weg stellen, da sie der Ausbreitung dieses ansteckenden Leidens immer von neuem Vorschub leisten. Bekannt ist, daß Deutschland, namentlich seit der Einführung der Invalidenversicherung, diesen Kampf am besten organisiert hat. Von Interesse sind einige Zahlen, die den Erfolg dieses Vorgehens wiedergeben und die den Stand der Tuberkulosensterblichkeit in verschiedenen Ländern zeigen, wobei wir einer größeren Aufstellung folgen, die in der „Nordd. Allg. Ztg.“ ausgemacht wurde.

Im Jahre 1889 betrug die Todesfälle an Schwindsucht auf 10 000 Lebende berechnet, in Deutschland 22,45, in Preußen 30,23, in Rußland 39,86, in England 17,04. Damals war danach England der einzige der größeren Staaten mit einer geringeren Sterblichkeitsziffer als Deutschland. In Frankreich und Rußland ist in dieser Hinsicht seitdem nur eine geringe Besserung eingetreten, wohingegen Deutschland den Erfolg zu verzeichnen hat, daß seine Ziffer ganz erheblich gesunken ist. In Preußen starben 1913 von 10 000 Lebenden nur noch 13,69 an Tuberkulose gegen 31,1 im Jahre 1886.

Anders als bei der Gesamtbevölkerung sind naturgemäß die Zahlen im Heere. Während des Friedens spielt dabei der Umstand eine Rolle, daß nur Männer im widerstandsfähigsten Alter der Fahne zugeführt werden und daß dabei auch noch sorgfältige Auslese gehalten wird. Trotzdem zeigen sich dabei große Verschiedenheiten. Im Jahre 1913 betrug die Tuberkuloseerkrankungsziffer in Preußen 1,06, in England 3,16, in Oesterreich-Ungarn 3,22, in Rußland 4,69 und in Frankreich 7,90 pro 1000 Mann Kopfstärke. Die Sterblichkeit im Heere hat sich in Preußen innerhalb der letzten zwanzig Jahre um 45 Proz. verringert, während sie in Frankreich gestiegen ist. Es kann dabei nicht geltend gemacht werden, daß dies vielleicht daran liegt, daß in Deutschland solche Soldaten, bei denen Tuberkulose festgestellt worden ist, in größerer Nähe als in Frankreich entlassen werden, denn der Durchschnitt der Entlassungen und Todesfälle infolge von Lungenschwindsucht beträgt auf 1000 Mann der Kopfstärke in Frankreich 6,80, bei uns nur 1,42.

Ganz selbstverständlich ist, daß der Krieg all diese Zahlen erheblich beeinflussen wird. Hier spielt schon eine Rolle, daß nicht mehr so sehr als früher auf Veranlagung zu diesem Leiden bei der Einziehung zum Heere Rücksicht genommen werden kann, wozu sich noch die fürchtbaren Strapazen gesellen, denen die Armeen ausgesetzt sind. Trotzdem sind die Zahlen, die die Heeresverwaltung meldet, gar nicht so ungünstig, als sie zu erwarten sind. Es betrug danach der Jahreszugang an Tuberkulose im ersten Kriegsjahre 2,9 auf Tausend Kopfstärke, im zweiten Kriegsjahre sogar nur 1,7. Wie der Krieg auf die Ausbreitung der Tuberkulose gewirkt hat und noch wirkt, das wird sich erst nach Ablauf einer größeren Reihe von Jahren beobachten lassen.

Aber wir fühlen auch mit denen, gegen die Herr Gumb, noch härtere Grausamkeiten verlangt. Haben wir denken sind es Proletarier, die darunter zu leiden haben. Ausgehen solche Barbareien von den Sachwaltern der herrschenden Klassen, sie haben die Verantwortung dafür vor der Geschichte zu tragen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Das Verbot der Arbeiterausweise der feindlichen Gefangenen beweist das Gegenteil von sozialem Verständnis. Dem Protest des Auslandes gegen die Verschleppung von Belgiern nach Deutschland schließen wir uns an. Abg. Keil hat gestern geistlose, plumpe Angriffe gegen die feinsten politischen Ausführungen Ledebours (Weiterkeit) gerichtet. (Präsident Haempf rief den Ausdruck „plumpe Angriffe“.) Wenn Ledebour zweimal für die Kredite gestimmt hat, so deshalb, weil er die Fraktionsdisziplin über seine Befehle stellte. Den Strahlenglanz des Patriotismus gönnen wir Herrn Keil und seinen Freunden. Der „Vorwärts“ hat der Regierung den Uebergang zum verhassten II-Voot-Strieg erleichtert. Sie (zu den Sozialdemokraten) werden die Verantwortung für den Druck mit Amerika nicht los. Man muß schon ganz verfeilt sein (Weiterkeit: Kul au!) heute noch anzunehmen, daß der Krieg nur zur Befreiung geführt werde, nachdem alle Parteien (Herr Hertel) gefordert haben. — Der Ansicht, daß die Entlassung des Landwirtschaftsministeriums irgend etwas an der Ernährungsfrage besorgen würde, müssen wir widersprechen. Nicht einzelne Personen tragen die Schuld an den Missetaten, sondern das System, gegen dieses muß der Klassenkampf geführt werden. Auch das Wahlrecht ist nur auf diesem Wege zu erreichen. Ganz anders als beim Wahlrecht wissen Sie sich der Reformen zu erinnern, wenn es sich handelt um die Verteidigung des sogenannten Vaterlandes. (Große Unruhe und Plausive.)

Präsident Haempf: Wegen dieser Beleidigung der Gefühle des ganzen Hauses rufe ich Sie zur Ordnung!

Abg. Henke (fortfahrend):

Es ist mir nicht eingefallen, die Gefühle des Hauses zu beleidigen. (Unruhe, Abg. Graf Westarp: Lesen Sie ruhig weiter vor!) Ich kann das Manuskript auch Ihnen übergeben. (Abg. Graf Westarp: Ich habe von einem vaterlandlosen Gefellen nichts entgegenzunehmen!) Und ich nicht von einem Grafen. (Stimmliche Weiterkeit.) — Nehmer wendet sich nun den Steuerfragen zu. Wir fordern einen Ausbau der direkten Steuern in ganz anderem Umfang als bisher. Alle indirekten Steuern lehnen wir ab, wie überhaupt jede imperialistische Steuerpolitik. Die Arbeiter können eine solche Belastung nicht mehr ertragen. Ich erinnere hier nebenbei nur daran, welche schwere Konkurrenz schon heute den Armen der Arbeiter, welche schwere Konkurrenz, durch die Maßnahmen im Interesse der Kriegsbefähigten erwächst. Darauf weist auch Prof. Krause mit Recht hin. Derselbe Herr betont auch mit Recht, daß die Unternehmer sich immer enger kooperieren und jedes Umlernen ablehnen. Soll denn wirklich die alte Auspflanzungspolitik fortgesetzt werden? Die Kluft zwischen Kapital und Arbeit hat sich noch vertieft. Nur der Kommunismus und Sozialismus u. s. w. wie wir ihn verstehen, wird zur Befreiung der Arbeiterklasse führen. Wir führen den Kampf gegen die Regierung, den Krieg gegen die Kriegführung. (Weiterkeit.) Den Kampf um die Macht der Arbeiterklasse. (Bravo! bei der Soz. Arb.)

Reichsschatzsekretär Graf Roedern:

Der Abg. Keil hat die Kohlen- und Vertriebssteuer vertworfen und dafür eine Reihe anderer Steuern vorgeschlagen. Er vertritt den Einfluß jeder Reichssteuer auf die Finanzen der Einzelstaaten und Kommunen. Will er etwa die ganzen Lasten der Einzelstaaten und Kommunen auf das Reich übernehmen? Das wäre die ungünstigste Politik, die wir machen könnten. Wenn man aber den Einzelstaaten und Kommunen die Lasten läßt, muß man ihnen auch entsprechende Einnahmen lassen. Und gerade die Einkommensteuer ist von den Kommunen schon sehr hoch in Anspruch genommen. Für die Neuehebung des Wehrbeitrages fehlt zurzeit jede Grundlage, und ganz ausgeschlossen ist es, jetzt während des Krieges eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer vorzunehmen. Ebenso unmöglich ist der Gedanke, jetzt die Patrimonialbeiträge zu erhöhen. Und wenn Herr Keil schließlich die Besitzsteuer zu verdoppeln vorschlägt, so überläßt er, daß die Regierung selbst mit der Kriegsteuer schon eine Verzehr- und -wanzigfachen der Besitzsteuer vorgezogen hat. Entschieden widersprechen muß ich dem Wort des Abg. Niemer von den Bundesstaaten als den 36 Feinden des Reiches. Die Bundesstaaten haben im Gegenteil vielfach unter Zurückstellung eigener Wünsche die Reichsfinanzverwaltung unterstützt. (Bravo!)

Ministerialdirektor Lewald betont gegenüber einer Bemerkung des Abg. Henke, daß bei Lohnzahlungen Militärrenten nicht abgezogen werden dürfen.

Abg. Dr. Wahn (R.) verlangt eine Auskunft der Regierung über seine Paritätsbejahung.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Die Tatsache, daß unter der Beamtenchaft des Deutschen Reichs das katholische Element nicht in dem Verhältnis vertreten ist, wie es der Anzahl der Katholiken innerhalb der Gesamtbevölkerung entspricht, ist richtig. Ich bedauere das ebenso wie der preussische Minister des Innern und kann namens der Reichsleitung versichern, daß wir bemüht sein werden, an der Abstellung dieses Mißverhältnisses zu arbeiten. Die Gründe dieser Erscheinung liegen allerdings auf dem Gebiete der historischen Entwicklung und der Tradition und lassen sich daher nicht von heute auf morgen ändern. Eine obhaktische Zurücksetzung von Katholiken hat bisher nicht stattgefunden (Reden im Zentrum) und wird auch in Zukunft nicht stattfinden. Eine Bevorzugung auf Grund der Konfession hat auch Herr Spahn nicht verlangt, das würde auch dem Tolerananztrag widersprechen, den die Herren selbst eingebracht haben. (Abg. Erdber: Den Sie abgelehnt haben!) Die Hauptsache ist, daß die Kreise, die für die Beamtenlaufbahn in Betracht kommen, davon durchdrungen sind, daß es keine konfessionelle Zurücksetzung in Deutschland gibt. Wir haben im Kriege gelernt, daß wir vor allem als Deutsche und als Brüder fühlen müssen und daß alle Partei- und konfessionellen Unterschiede, um die wir uns früher getritten haben, zurücktreten müssen. Ich hoffe, daß diese Wirkung des Krieges nicht mit dem Kriege selbst zu Ende sein wird.

Abg. Graf Westarp (L.):

Herr Haushmann hat sich eingehend mit der Einladung seines Parteifreundes, des Grafen Hoensbroech (Weiterkeit rechts, Widerspruch links) — Graf Hoensbroech war 1912 Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei. (Ausruf bei der Volkspartei: Er hat sich selbst gegen den Willen der Parteileitung aufgestellt.) Herr Haushmann hat mir dargevoran, daß ich eine Weisprechung mit dem Grafen Hoensbroech gehabt habe. Ich bin lieber als unbillig (Weiterkeit) und gebe auf eine solche Einladung ein, selbst wenn sie von einem Parteifreunde des Herrn Haushmann ausgeht. Ferner hat Herr Haushmann mein Schreiben an den Grafen Hoensbroech falsch zitiert, ich habe mich nicht für eine Aktion des Reichstags, die ein scharfes Mißtrauensvotum gegen den Reichsanwalt zum Ziele hätte, ausgesprochen, sondern bin gerade der Meinung, daß sie vertrieben werden muß. Herr Haushmann dürfte dieser Meinung nicht sein. (Weiterkeit rechts.) — Was wir am 12. Dezember sagen wollten, geht aus unserer nachher veröffentlichten Fraktionserklärung hervor. Jemandem Kritik am dem Freidenkangebot wollten wir nicht üben.

Abg. Legien (Soz.):

Herr Stresemann hat uns vorgeworfen, daß wir unduldsam gegen die Wirtschaftsfriedlichen vorgingen. Ich muß dagegen protestieren, wenn er diese als Arbeiterorganisationen bezeichnet. Es ist für diese Organisationen charakteristisch, daß ein Vertreter eines Arbeitgeberverbandes so warm für sie eintritt.

Das würde Herr Stresemann sagen, wenn unsere Gewerkschaften einige Unternehmer lauffen, von diesen eine Unternehmerorganisation schaffen lassen würden und dann verlangten, daß diese Unternehmerorganisation als Vertreter der Unternehmer im öffentlichen Leben gelten solle. Genau so liegt es mit den Gelben. Sie sind zum größten Teil von den Unternehmern gegründet und werden dauernd aus deren Mitteln unterhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Reiß wurden sie von den Unternehmern in solche Organisationen hineingezogen. Ich verweise nur auf die A.G. in Berlin, die seinerzeit sogar versuchte, die Beiträge für diesen gelben Gewerksverein den Arbeitern vom Lohn abzuziehen, was dann das Gewerbegericht für unzulässig erklärt hat. Auf der Generalversammlung des Verbandes der Textilindustriellen hat der Vorsitzende gesagt: Eigentlich haben wir für diese Gelben Beiträge nicht zu leisten, aber es liegt im Interesse der Unternehmer, daß diese Organisationen aufrechterhalten werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden uns mit aller Energie dagegen wenden, daß Vertreter solcher Organisationen in Körperschaften kommen, die über Interessen der Arbeiterschaft zu entscheiden haben, wie die Arbeiterausweise des Hilfsdienstgesetzes. Das Lehnen der Gewerkschaften aller Richtungen glattweg ab. Ich erinnere auch daran, daß der ehemalige Sekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der Vater dieser vaterländischen Arbeitervereine, jetzt in einem Buche erklärt hat, daß er mit dieser Gründung einen schweren Fehler begangen habe, weil diese Gründung dazu beigetragen habe, die Gewerkschaften, deren große Bedeutung sich jetzt im Kriege gezeigt habe, nicht zur vollen Entfaltung kommen zu lassen. Wer diesen Organisationen das Wort redet, der dient nicht den Interessen des Vaterlandes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haushmann (Sp.): Ich begrüße es, daß sich niemand in diesem Hause zu dem Treiben des Grafen Hoensbroech bekennt. Den Abg. Graf Westarp erinnere ich nur noch daran, daß er selbst den Abg. v. Grafen, der diesen Beiträgen nahesteht, als eine der wertvollsten Stützen der konservativen Partei bezeichnet hat. (Ausruf rechts. — Auf links: Das war nur Höflichkeit! — Große Weiterkeit.) Je mehr Sie (nach rechts) sich von dem Grafen Hoensbroech abwenden, desto größer ist der Wert dieser Aussprache.

Abg. Dr. Arendt (D. Fraktion): Der Abg. Legien hat die wirtschaftsfriedlichen Arbeiter in den Schmutz gezogen. (Sitzpräsident Dobe rügt diesen Ausdruck.) Er nannte sie gefaule Leute. Kamens der halben Million deutscher Arbeiter, die hinter der wirtschaftsfriedlichen Bewegung stehen, erhebe ich schärfsten Einspruch gegen diese Beschimpfung. Entstanden ist diese Bewegung ohne Zutun der Unternehmer, sogar im Gegensatz gegen sie. Die Entwicklung dieser Bewegung werden die freien Gewerkschaften mit allem Terrorismus nicht hindern. (Ausruf bei den Sozialdemokraten: Sagen Sie das Herrn Arendt!)

Abg. Dr. Stresemann (nall.): An der Adlon-Konferenz hat meines Wissens kein Mitglied einer parlamentarischen Fraktion teilgenommen. Graf Westarp ließ sich gegenüber schon drei bis vier Wochen vor der Konferenz keinen Zweifel darüber, daß er die ganze Verantwortung aufs höchste mögliche übernahm als Syndikus eines Unternehmerverbandes mich abhängig macht von Unternehmerinteressen. Die in den sogenannten gelben Organisationen organisierten Arbeiter haben gerade vom demokratischen Standpunkt aus das Recht zu einer ihrer Zahl entsprechenden Vertretung bei der Verhandlung über Arbeiterinteressen.

Abg. Graf Westarp (L.) tritt ebenfalls für die Berücksichtigung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiter in den Arbeiterauschüssen ein. Diesen 500 000 Arbeitern Rücksicht vorzutreten, sei empörend.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolus (nall.) dankt dem Kapit und dem deutschen und samedischen Arsen für ihr Eintreten und ihre Diebstahligkeit an den Kriegsgefangenen.

Abg. Behrens (D. Fr.) betont, daß auch den gelben Verbänden die Möglichkeit zu einer Vertretung in den Ausschüssen gegeben ist. Die Ausführungen der Abg. Arendt, Stresemann, Westarp sind, wenn auch ungewollt, irreführend für die öffentliche Stimmung. Schon die geringe Zahl der Gelben, etwa 1/10 Millionen, würde, falls sie wählen würden zu den Ausschüssen, das völlige Ausfallen der Gelben bewirken. Wer der Wahrheit die Ehre geben will, muß anerkennen, daß die gelben Verbände gefaucht sind von den Unternehmern zur Wahrnehmung ihrer, der Unternehmer, Interessen.

Abg. Legien (Soz.):

Ich bin Angehöriger einer Gewerkschaft und bin in meinem ganzen Denken und Fühlen davon durchdrungen. Daher glaube ich auch Herrn Stresemann nicht zu beleidigen, wenn ich erwähnte, daß er Angehöriger einer Unternehmerorganisation ist. — Recht eigenmächtig ist es ja, daß die Herren Konservativen und Rationalisten jetzt plötzlich die Arbeiterinteressen vertreten wollen. — Von einem großen Teil der Arbeiterschaft kann man jedenfalls bei den unter dem Druck des Unternehmertums zustandegelommenen Verbänden nicht reden. — Die Wirtschaftsfriedlichen im Wahlkreis des Abg. Arendt sind dieselben, die unsere Versammlungen mit Anträgen auseinander zu treiben verstanden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Die Freiheit der Organisation haben wir noch nie beeinträchtigt, aber die Unternehmer tun es, die die Arbeiter in die gelben Verbände hineinzuziehen suchen, und die Idee dieser Unternehmer — nämlich die der von ihnen vergewaltigten Arbeiter — greife ich an. Man möge es den Arbeitern selbst überlassen, ihre Interessen zu vertreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schiele (L.): Gerade deshalb sollte man auch den Wirtschaftsfriedlichen die Wahrung ihrer Interessen selbst überlassen. Die jetzige Praxis des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes bedeutet eine Monopolisierung der Gewerkschaften und damit den Organisationszwang. Das halten wir für bedenklich.

Abg. Jäger (nall.): Ich vertritt die stärkste Organisation der Eisenbahner, bin aber zu dem Kongreß der Arbeiter, der über das Hilfsdienstgesetz beriet, nicht eingeladen worden und die katholischen Fachabteilungen des Herrn Gohmann hat man direkt zurückgewiesen. (Hört! hört!)

Abg. Bauer (Soz.): Die Einberufung jener Konferenz waren die Zentralstellen der großen Arbeiter- und Angestelltenverbände. Die Bekanntmachung, daß die Konferenz tagt, ist öffentlich erschienen. Wer davon sonst teilnehmen wollte, hätte sich melden müssen. Herr Gohmann ist nicht abgewiesen worden.

Abg. Schiffer-Vorlen (Rt.): Wir wollen freie, selbständige Arbeiterorganisationen, daher kann man es uns nicht übel nehmen, wenn wir mit den sogenannten Wirtschaftsfriedlichen nichts zutun haben wollen.

Damit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Grunze (L.): Herr Haushmann hat mir keine Verlegenheit bereitet. Ich habe nicht nötig, mit meinem Namen unter Wasser zu fahren wie diejenigen, die vertraulichen Besprechungen anderer nachschäffeln. Ich habe kein Geheimnis aus meiner Teilnahme an der Versammlung im Hotel Adlon gemacht. Das Recht der Kritik an der Regierung nehme ich für alle Staatsbürger, auch für mich in Anspruch.

Abg. Dr. Stresemann (nall.): Oberst Briessberg hat meine Angriffe auf General v. Loemselde zwar zurückgewiesen, ohne aber irgendeine sachlich die von mir festgelegten Tatsachen entkräften zu können.

Abg. Haushmann (Sp.) stellt unter großer Beizeitung des Hauses fest, daß Graf Hoensbroech 1903 Mitglied der Rationalisten Partei war. Der Etat und die Steuerentwürfe geben an die Budgetkommission; nächste Sitzung Dienstag, den 20. März, nachmittags 1 Uhr. (Zweite Lesung des Etats.) Schluß 8 1/2 Uhr.

Nest steht schon jetzt auf alle Fälle, daß der Krieg ein gutes Teil der Friedensarbeit auf diesem Gebiete gefährdet und daß alle beteiligten Länder zunächst mit einer größeren Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer an Schwindsucht zu rechnen haben werden als vor 1914. Dabei wird dann eine große Rolle spielen, welcher Staat bisher schon die besten Einrichtungen zur Bekämpfung dieses Leidens hatte und wer sich bemüht, sie in denkbar bester Weise auszubauen. Auch Deutschland darf sich nicht genügen lassen, zur Bekämpfung des heimtückischen aller Massenmörder auf den bisherigen Bahnen zu verharren, sondern es muß den Kampf auch vor allem auf dem Gebiete aufnehmen, wo er am wirksamsten geführt werden kann: auf dem Gebiete der allgemeinen Volkswohlfahrt. Es geht nicht an, auf der einen Seite Kassen und Heilanstalten zu errichten und auf der anderen Seite alle Arbeiterorganisationen in den Arm zu fallen, wenn sie für bessere Lebensbedingungen der großen Masse kämpfen. Es ist ein altes Wort, daß Vorbeugen besser als Heilen ist. Den vorbeugenden Maßnahmen, die Deutschland vor dem Kriege traf, ist ein großer Teil seiner Erfolge gegen die Tuberkulose zu danken gewesen. Zu den besten Vorbeugern haben aber immer die Gewerkschaften gehört in ihrem Bemühen, die Lage der organisierten Klasse zu heben. Deshalb wäre es, auch von diesem Gesichtspunkt aus verfehlt, ihre Wirksamkeit in der früheren Weise zu erschweren, wie es andererseits auch verfehlt wäre, die frühere einseitige Zoll- und Wirtschaftspolitik fortzusetzen, durch die einseitig enge Schichten bevorzugt, die große Masse aber gemaltig belastet worden ist. In dem großen wirtschaftlichen Ringen, das dem Kriege folgen wird, ist das leistungsfähigste Volk dann anderen ein gutes Stück voraus. Leistungsfähig kann aber nur ein gesundes Volk sein, ein Volk, dem nicht auf Schritt und Tritt das Leben sauer gemacht wird. (2)

Hilfsdienst und widerrechtliche Anwendung.
Die sogenannten Zusatzrenten, die in manchen Fällen auf Grund des früheren höheren Arbeitseinkommens des gescheiterten Soldaten an Kriegshinterbliebenen gezahlt werden, sind manchmal in Frage gestellt worden, wenn diese Hinterbliebenen in den für Besondere arbeitenden Betrieben oder in der Landwirtschaft, sei es freiwillig oder auf Grund des Hilfsdienstgesetzes, gegen Entgelt beschäftigt wurden. Das war natürlich geschehen, sie von der auf sie bezüglichen Beschäftigung abzuhalten. Mit Rücksicht hierauf hat, wie wir der letzten Nummer der „Sozialen Kriegshinterbliebenenfürsorge“ entnehmen, das Reichsamt für Kriegshinterbliebenen in einem Erlass vom 25. Januar 1917 (Nr. 242/17, 18, C. 3, V) ausgeführt, daß in solchen Fällen, die den Hinterbliebenen etwa gewährt oder zu gewährenden widerrechtliche Anwendung lediglich auf diesen Anlaß der Beschäftigung im Hilfsdienst nicht zu fügen oder einzustellen ist, auch wenn dadurch eine nicht unwesentliche Besserstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse der betreffenden Hinterbliebenen eintreten sollte.

Aus Groß-Berlin.

Wo steckt das Kleingeld?

Zur Erklärung des sehr fühlbaren Mangels an Kleingeld hat man unter anderem darauf hingewiesen, daß die Automaten zu selten entleert werden. Tatsächlich schänden die vielen Automaten eine recht bedeutende Anzahl Groschen, die sie so bald nicht wieder herausgeben. Will man wissen, um welche Mengen es sich dabei handelt? Die Gaswerke der Stadt Berlin haben für das Verweilungsjahr 1. April 1916 bis 31. März 1917 die Gasentnahme durch Automaten auf 75 Millionen Kubimeter veranschlagt, wofür nach dem seit April vorigen Jahres erhöhten Preis — 10 Pf. für nur noch 542 Liter, also 18,46 Pf. für 1000 Liter (= 1 Kubikmeter) — 13845000 M. Einnahme zu erwarten wären. Nur Zahlung dieses Betrages sind mehr als 138 Millionen einzelne Groschen erforderlich, die Stück für Stück in die Automaten hineingesteckt werden müssen. Selbst wenn wir wegen der Verleumdungsbekämpfung und der Gasvertenerung den Voranschlag für etwas zu hoch halten und die Entnahme durch Automaten um 10 Proz. geringer schätzen wollten, blieben für sie immer noch 67 1/2 Millionen Kubikmeter zum Preise von 12400500 M. oder annähernd 125 Millionen Groschen. Nehmen wir für das Sommerhalbjahr zwei Fünftel, für das Winterhalbjahr drei Fünftel des Jahresverbrauchs an, so kommen auf jedes Wintermonat etwa 75 Millionen Groschen, das macht im Monat durchschnittlich 12 1/2 Millionen Groschen.

Im Monat einmal sollen die Gasautomaten entleert werden, aber bei dem Mangel an Arbeitern, die übrigens auch oft die erwerbsfähigen Frauen nicht zu Hause antreffen, wird wohl jetzt die Abholung im allgemeinen noch seltener sein. Jedenfalls ist unsere Schätzung, daß in einem Wintermonat über 12 Millionen Groschen in die Gasautomaten wandern, eher zu niedrig als zu hoch. Unter der Annahme wirklich einmaliger Abholung im Monat, wobei für die Gesamtheit der Automaten die Abholungen sich gleichmäßig über den ganzen Monat verteilen, wären in den jetzt weit über 200000 Automaten der Berliner Gaswerke während der Wintermonate jederzeit über 6 Millionen Groschen zu vermuten. Daß es eine so außerordentlich große Menge sein könnte, haben sich wohl die wenigsten schon mal klar gemacht. Unsere Berechnung zeigt, daß bei häufigerer Entleerung der Gasautomaten mehrere Millionen Groschen vielmehr wieder unter die Leute kommen würden. Hiermit könnte der Kleingeldmangel schon merklich gemildert werden.

Keine Minderung der Gemeindeeinkommensteuer.

Wie wir hören, hat der Berliner Magistrat seine Beratungen über den Haushaltsabgesehen. Der Abgesehen stellt sich in Einnahmen und Ausgaben auf 377 Millionen Mark. Der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer wird sich, wie im vergangenen Jahre auf 165 Proz. belaufen, wie denn auch an den übrigen Steuerverhältnissen nichts geändert worden ist.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf den Abschnitt Nr. 41 der Lebensmittelkarte entfallen 200 Gramm Wehl und auf Abschnitt Nr. 42 200 Gramm Haferslocken oder Hafersgrübe. Die Abgesehen sind am 3. 4. und 5. März in den durch besondere Verkaufsblätter gekennzeichneten Kleinhandelsbetrieben gegen Empfangsbescheinigungen abzuholen. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist bei den Kleinhandelsbetrieben gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigungen zur Verfügung stehen.

Die neuen Zuerkrankungspreise.

Die Kriegsbeschäftigten für Zuerkrankung in Berlin hat bestimmt. Der Abschlag von Zuerkrankung und Hilfszuerkrankung (sauer Müssen) durch die Hersteller bedarf für jeden einzelnen Fall der ausdrücklichen Genehmigung der Kriegsbeschäftigten. Beim Verkauf

dürfen nachstehende Preise nicht überschritten werden: 1. Beim Abschlag durch den Hersteller frei Verladestation des Herstellers für 50 Kilogramm ohne Verpackung 18 M., beim Abschlag in Gebinden von 50 Kilogramm und darüber frei Haus oder Lager des Empfängers für 50 Kilogramm 14 M., beim Abschlag in Gebinden unter 50 Kilogramm frei Haus oder Lager des Empfängers 14,50 M. Beim Abschlag an den Kleinhandel durch die behördlichen Verladestationen frei Haus oder Lager des Empfängers für 50 Kilogramm ohne Verpackung 15,50 M. Beim Abschlag an den Verbraucher durch den Kleinhandel einschließlich handelsüblicher Verpackung für ein Pfund 20 Pf.

Die Gefindepelohnungsanstalt.

Die Berliner „Gefindepelohnungs- und Unterhaltungs-Anstalt“, die alt und erfahrungsfähig gewordenen Hausangestellten noch langen und treuen Diensten eine Hilfe bieten will, hat im Verwaltungsjahr 1915/16 den Kreis ihrer Schützlinge wieder noch weiter eingeschränkt. Vom vorletzten zum letzten Jahr mehrten sich die Zahl der im Alter von 40 auf 62, aber in derselben Zeit minderten sich die aus Mitteln der Stiftung nur mit ihrem Gehalt unterstützten ehemaligen Hausangestellten von 89 auf 56. Die Belegungsziffer des Altersheims, des früheren „Gefindepelohnungs“, war vor zwei Jahren noch 110, verringerte sich dann nach und nach bis auf 74 (im Frühjahr 1917) und ist in den letzten vier Jahren langsam auf erst wieder 92 gestiegen. Mit ihrem Geld turben vor einem Jahrzehnt noch 200 Hilfsbedürftige unterstützt, dann kam eine rasche Minderung — und heute ist's längst nicht mehr die Hälfte der damaligen Zahl. Der Unterstützungslohn für den einzelnen Unterstützten ist fast unverändert geblieben, so daß der zu Unterstützten verwendete Jahresbetrag, der vor zehn Jahren sich noch auf 18000 M. belief, in 1915/16 infolge Minderung der Unterstützten nur noch rund 8000 M. war. Die Stiftung hat in den letzten Jahren so gewirtschaftet, daß der am Jahresabschluss drüberbleibende und auf das nächste Jahr zu übernehmende Kassensaldo sich beträchtlich steigerte, im letzten Jahr bis auf 10600 M. Besser wäre's, weniger „auf die hohe Kante“ zu legen, aber dafür mehr Hilfsbedürftige zu unterstützen und auch die Unterstützungsätze entsprechend der Lebensmittelerhöhung zu erhöhen.

Errichtung eines jüdischen Jugendamts. In den Etat ist der Betrag von zunächst 120000 M. eingestellt worden, um die Bestrebungen für die Erhaltung der Jugend, und zwar zunächst für ihre körperliche Erhaltung, organisatorisch zusammenzufassen.

Praktikum in Taschen. Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß Lebensmittel und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs in vielen Geschäften nur vorläufig werden, wenn der Käufer eine teure Verpackung, der Schokoladen zum Beispiel eine kunstvolle Kiste oder ein Packpapier, mitführt und bezahlt. Das ist unzulässiger Kaufswang und Wucher. Ein bekannter Berliner Warenhaus, das Süddeutschen, Praktikum usw., nicht los, sondern nur in Taschen verpackt abgegeben hat, ist vom Kriegsausschuss verwahrt worden und im Wiederholungsfall mit Schließung des Geschäfts bedroht worden.

Verkehrlicher Wucher im Kleingeldhandel. Es hat sich in der letzten Zeit die Unsitte bemerkbar gemacht, daß die Großhändler das Kleingeld nicht nach Gewicht, sondern in ganzen Stücken nach Schätzung verkaufen und auch, wenn sie nach Gewicht verkaufen, einen so geringen Abschlag unter dem Kleinhandelspreis lassen, daß dem Kleinhandeler ein zu geringer Verdienst bleibt, wodurch er zur Ueberfälschung der Höchstpreise verleitet wird. Das Kriegsausschussamt steht in solcher Handlungsweise der Großhändler eine übermäßige Preissteigerung und eine Ueberverteilung der Kleinhandeler. Gegen die Schuldigen wird nicht nur im Wege des Strafverfahrens vorgegangen werden, sondern sie haben auch die Schließung ihres Betriebes zu gewärtigen.

Über „Neue Wege zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.“ spricht am Montag, den 5. Prof. Dr. Glöckle unter Vorführung von Lichtbildern im Langenbeck-Virchow-Haus, Luisenstr. 55/59. Der gemeinverstandliche, für Frauen und Männer aus dem Volk berechnete Vortrag wird vom Magistrat im Verein mit der Berliner medizinischen Gesellschaft veranstaltet. Die Verteilung der Lose in freies Eintrittskarten erfolgt wie bisher durch die Verkaufsstellen, auch sind wiederum im Langenbeck-Virchow-Haus am Vortragabend selbst Karten erhältlich.

Ein schwerer Raunfall hat sich in Oberschöneweide zugegetragen. In einem Neubau an der Nummernburger Chaussee arbeitete der Dachdecker Soh auf einer Leiter stehend. Diese brach plötzlich zusammen und S. stürzte so unglücklich ab, daß er schwere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte starb auf dem Transport nach dem Kranenhaus.

Das Hotel Coplanade, durch dessen Angehörige in letzter Zeit ein schmerzlicher Lebensmittelwucher betrieben wurde, hat jetzt einen neuen Leiter in der Person des Generaldirektors Salens erhalten, der früher großen Hotels in Frankfurt a. M. und Petersburg vorgestanden hat.

Ein Gläubiger und „Lebemann“, der Remisallbesitzer Großmann, hat sich Donnerstag in seiner Wohnung am Anstufendamm erschossen. Großmann, oder v. Großmann, wie er sich früher nannte, gehörte zu den verwegenen Helden des Weltkriegs und setzte oft viele Tausende auf ein Pferd. In den Nachtlokalen und Spielläusen war er Stammgast. Seit einiger Zeit schwanden gegen ihn zwei Verfahren wegen Betrugs.

Diebstahl. Durch einen Zufall geriet eine Schlafkammerdiebin, die schon lange gefast wurde, in die Hände der Kriminalpolizei. Eine 44 Jahre alte, aus Anklam gebürtige Marie Wustrow-Lowski metete unter verschiedenen Namen Schlafstellen und möblierte Zimmer. Sobald sie Gelegenheit fand, stahl sie, was sie für mitnehmenswert fand, und veräußerte. Donnerstag mietete die W. eine Schlafkammer in der Wilmingsstraße. Als sie sich eingerichtet hatte und ausgehen wollte, fiel der Wirtin das blaue Koffert auf, das sie unterdessen angezogen hatte. Sie erkannte, daß es ein Koffert ihrer Tochter war, der es kürzlich von einer Wirtin, die sich für einen Bekannten gekauft hatte, gestohlen worden war. Die Wirtin holte die Polizei und ließ ihre neue Wirtin festnehmen, die auf dem Polizeipräsidium bald als Diebstahlsverdächtige festgesetzt wurde, die unglückliche Diebstahls die Art verliert hat.

Auffelsen erzregender Selbstmord. Von der Kaiser-Wilhelm-Brücke in Potsdam hat sich gestern nachmittag ein junger Mann in die Havel gestürzt. Er war gut und leberlicher im Wasser und sprang hinterher. Die Wellen hatten den Lebensmüden bald verdrungen. Der Vorgang rief viel Aufsehen hervor, da er sich an belebtesten Stelle ereignete.

Der Botanische Garten in Dahlem ist Sonntag von 11 bis 4 Uhr für Erwachsene mit freiem Eintritt geöffnet; Kinder unter zehn Jahren dürfen nicht eingeführt werden. In den Gewächshäusern verdienen jetzt besondere Beachtung die reichlich blühenden Orchideen, die Camellien und Azaleen. Im Freiland blühen im Vorparterre reichlich Säuererlen. In dem von 11 bis 2 Uhr geöffneten Botanischen Museum ist am Ende des Saales im zweiten Stockwerk eine Sammlung vortrefflicher Bilder von Weidmen ausgelegt.

Aus den Gemeinden.

Gemüseanbauvertrag im Kreise Teltow.

Nach Anweisung der Reichsämter sollen jetzt auch im Kreise Teltow Verträge mit dem Gemüseerzeugern über die Entgelt 1917 abgeschlossen werden. Zum Abschluß derartiger Verträge sind die Kommunalverbände, Gemeinden und gewerblichen Unternehmungen und sonstige Großverbraucher, diese jedoch nur mit

Zustimmung des Kommunalverbandes, berechtigt. Es ist eine Scheidung in Anbau- und Lieferungsverträge vorgesehen. Durch den Anbauvertrag wird der betreffende Erzeuger verpflichtet, eine bestimmte Fläche mit Gemüse zu belegen und die Ernte dem anderen vertraglich bindenden Teil zu überlassen. Der Lieferungsvertrag sieht lediglich die Lieferung einer bestimmten Menge Gemüse ohne Rücksicht auf die Größe der belegten Fläche vor. Zum Abschluß der Verträge sind nur solche Personen berechtigt, die eine für sie von der Reichsämter für Gemüse und Obst ausgelegte Ausweisurkunde haben. Die Ausweisurkunde auf den Namen und bestimmte Kreise. Für den Kreis Teltow ist die Teltow-Kreis-Verwaltungsgemeinschaft-Gesellschaft m. b. H. in Berlin W 10, Markstraße 10, vom Kreis-Kommunalverbande beauftragt. Gemüse für ihn aufzukommen. Sie wird sich dazu im Gebiet des Kreises Teltow der mit dem Kauf von Gemüse beauftragten Personen bedienen.

Ausgabe von Weischohl in Weissenhof. Auf die Abschnitte 44 und 44k der Kartoffelkarte darf je 1/2, zusammen 1/2 Pfund Weischohl einnehmen werden. Die Entnahme des Weischohls hat bei den Kleinhandlern zu erfolgen, bei welchen der Karteninhaber in die Kartoffelkandenliste eingetragen ist. Ein Pfund Weischohl kostet 12 Pf.

Bürgerpreiskassen der Stadt Potsdam. Unter dieser Bezeichnung sollen künftig sämtliche der Volksführung dienenden Einrichtungen, die bisher vom Vaterländischen Frauenverein ins Leben gerufen worden sind, zusammengefaßt werden. Die erste Bürgerpreiskasse hat die Höchstgrenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht und verabsieht täglich durchschnittlich 4000 Portionen. Um dem weiteren Bedarf zu genügen, wird eine neue Kasse eröffnet. Die dritte Kasse wird in der Brandenburger Vorstadt eröffnet und mit einer Zweigkasse verbunden. Mit diesen Neuerrichtungen ist man in der Lage, die Mittagessenausgabe auf 10 000 Portionen zu erhöhen.

Kauf der Gemeindevertretung Altkirchhof. Die Gemeindevertretung besandte in ihrer letzten Sitzung den Beschlusse des Haushaltesplanes für das neue Rechnungsjahr, der in Einnahme und Ausgabe mit 1 261 000 M. abschließt. An Steuern sollen erhoben werden: 210 Proz. Gemeinde-Einkommensteuer, 3,5 v. T. Grundsteuer für die bebauten und 6 v. T. für die unbebauten Gelände; 300 Proz. Gewerbesteuer für die Klassen 1 und 2 und 225 Proz. für die Klassen 3 und 4.

Das Städtische Vieh- und Hypothekeneinigungsamt bewies auch im Jahre 1916 seine Einseitigkeit, wie aus dem vom Stadtrat Jahrbuch veröffentlichten Bericht hervorgeht. Das Amt wurde in 808 Fällen in Anspruch genommen, von denen 208 durch Vergleich erledigt wurden; Hypothekeneinstände standen 57 an, hier kam es in 7 Fällen zum Vergleich. Gutachten wurden 18 bzw. 17 abgegeben. Obwohl als Mängel im Viehverkehr bezeichnet worden, daß geschlossene Vergleiche nicht vollzogen werden können, und die Berichte die Grundbesitzverordnung beim Gutachten über Bewährung von Zahlungsstufen so antreiben, daß sie in fast allen Viehvereinigungen gar nicht erst in die Verhandlung eintreten, sondern die Sachen ohne weiteres dem Einigungsamt überlassen, kommt der Bericht doch zu dem Schluß, daß sich die Einigungsämter durchaus bemühen und verdienen, auch nach dem Kriege weiter bestehen zu bleiben.

Die Teltower Kreisparlatte im Jahre 1916. Nach dem vorliegenden Jahresbericht haben sich im Berichtsjahr die Einnahmen von 129 000 858 M. auf 135 539 118 M. erhöht. 854 478 Einzahlungen im Betrage von 19 097 541 M. standen 240 678 Rückzahlungen in Höhe von 97 403 058 M. gegenüber. Die Zahl der Sparere hat sich um 20 900 erhöht, sie beträgt jetzt 231 690. In der Zusammenfassung von 20 000 sind 7445 Sparbücher inbegriffen, die auf Grund der Sparanwartsverfügung des Oberkommandos für Jugendliche angelegt wurden. Von den Sparern verfielen 79 904 = 34,06 Proz. über einen Einlagenbestand bis 60 M., 53 542 = 18,13 Proz. bis 100 M., 25 821 = 11,63 Proz. bis 300 M., 28 436 = 12,30 Proz. bis 600 M., 31 295 = 14,10 Proz. bis 1500 M., 14 074 = 6,16 Proz. bis 3000 M., 8141 = 3,67 Proz. bis 10 000 M., und 447 = 0,20 Proz. über einen Bestand von über 10 000 M. Von den 38 629 Schulkindern des Kreises hatten am Schluß des Jahres 1915 22 981 einen Einlagenbestand von 694 800 M. in den Schulspartassen niedergelegt. Der Reingewinn der Sparkasse für 1916 beträgt 207 699 M., der in voller Höhe dem Meierfonds zugeführt wurde.

Selbsttätige Sänger in Keutza. Montag, den 19. März 1917, abends 8 Uhr, veranstaltet die Stadtgemeinde einen Konzert-Quartett- und Duettenabend in der Aula der Realschule, Cobdenstraße 26-41. Mitwirkende: Die Herren Konzertmeister Professor Bernhard Dehau, Klaviervirtuose Bernhard Gehwald, Professor Heinrich Grünfeld, Klaviervirtuose Robert Böhm, Professor Wähler-Wehr. Eintrittskarten zum Preise von 1 M., 0,75 M., 0,50 M. für Solokarten und 0,50 M. für Familienplätze sind in den „Vorwärts“-Expeditionen, Redarstr. 3 und Siegfriedstr. 38, erhältlich.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Zu den Parteidifferenzen.

Reinholdsdorf-Ost. Vom Vorstand des auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehenden Wahlvereins wird ein Flugblatt verbreitet, das zu dem Inhalt hat, daß sich der Wahlverein von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands losgelöst hat. Das Flugblatt behauptet, die Wiedererrichtung eines zu Gesamtpartei stehenden sozialdemokratischen Vereins sei überflüssig gewesen, da im Wahlverein auch die Mehrheitsanhänger ihre Ansichten vertreten könnten. Verhört man sich, daß diese Mitglieder zwar alle Pflichten, aber keine Rechte haben, und daß a. B. Funktionäre, die den „Vorwärts“ weiter lesen, ihre Komitee übernehmen haben, so daß der Genosse Schönberg aus seinem Amt als Vorsitzender aufschreiben mußte, weil der Kreisvorstand die zwangsweise Durchführung dieses Beschlusses androhte. Die der Partei treugebliebenen Genossen und Genossinnen konnten daher mit diesen Leuten nicht mehr zusammenarbeiten und haben sich neuorganisiert, um die Arbeit dort wieder aufzunehmen, wo die frühere Organisation sie hat lassen gelassen. Alle von der Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterbewegung überzeugten Genossen werden das unterstützen, indem sie sich organisieren im „Sozialdemokratischen Verein“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berichtszeitung.

„Versammlung“ oder „zwanglose Zusammenkunft“? Wegen Vergehens gegen die Verordnung des Oberkommandos in den Marken betr. die Abhaltung von Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten fanden gestern der Schriftsteller Hellmuth v. Gerlach und der Pastor Hans Franke vor der ersten Strafammer des Landgerichts I. Nachdem ein von zahlreichen Personen unterzeichnetem Aufruf zur Bildung einer „Internationalen für Völkerverständnis“ erschienen war, erging an verschiedene Personen, die sich zum Inhalt erklärt hatten, ein von den beiden Angeklagten und dem Kreisstaatsanw. Ed. Vermeulen ausgesendete Einladungs schreiben vom 18. September, sich zu persönlicher Bestätigung und vorläufigem Gedankenaustausch über die Begründung eines Berliner Zweigvereins in einem Zimmer des Reichstagsgebäudes einzufinden. Wegen Nichtanmeldung dieser Zusammenkünfte sollen die Angeklagten gegen die Verordnung des Oberkommandos verstoßen haben. — Die Angeklagten selbst und für sie der Rechtsanwalt Dr. Hagen führten demgegenüber an, daß eine Versammlung zur vollzähligen Anmeldung nicht vorgelegen habe, denn es habe sich gar nicht um eine „Versammlung“ gehandelt, sondern um eine Zusammenkunft gleichgültiger Personen zur zwanglosen Aussprache über ganz allgemein gestellte öffentliche

Frage und zur Vorbereitung einer etwaig einanderübenden Vernehmung, ganz in demselben Sinne, wie sich so vielfach wirtschaftliche Interessengruppen zur Aussprache in einem Zimmer des Reichstagsgebäudes zusammenfinden. Außerdem fehlte auch jeder Nachweis, daß öffentliche Angelegenheiten „erörtert“ worden seien. Der Gerichtshof war jedoch der Ansicht, daß sich die Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig gemacht haben. Diese allgemeine und örtliche Frage habe nur dann bestritten werden können, wenn zugleich Zweck und Ziele des Zentralvereins einer Erörterung unterzogen worden seien, und deshalb habe die Einberufung zum Gedanken- und Sachaustausch auch die Erörterung eminent politischer Angelegenheiten bezweckt. Die Angeklagten seien daher wegen unterlassener Anmeldung zu bestrafen. In Übereinstimmung mit dem Staatsanwalt bemah das Gericht die Strafe auf je 50 M. event. je 5 Tage Haft.

Wie eine Verkäuferin „Zeitliche“ macht. Drei Stüchchen Ränderaal beschwerten einen Prozeß herauf, der gestern vor der zweiten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zum Austrag kam. Die Klägerin Johanna E. hatte ihre Stellung als Verkäuferin bei dem beklagten Delikatessenhändler Zankner selber plöglig aufgegeben, weil sie sich durch den Vorwurf des Diebstahls gekränkt fühlte. Anlag zu dieser Beschuldigung gab dem Beklagten folgender Vorgang. Der ersten Verkäuferin K. lag es ob, für das mit Verpflegung angestellte Personal das Abendbrot zuzubereiten. In einem Sonnabend hatte sie nun für 3 Verkäuferinnen, unter anderem auch für die Klägerin, je ein Stüchchen Ränderaal abgemessen, das zu einer unbedeutenden Summe für den nächsten Tag als besondere Sonntagkost zurückgelegt werden sollte. Die Klägerin wollte die Koststücke gleich aufs Zimmer bringen, wurde aber auf dem Wege durch den Flur vom Chef angehalten. Als dieser die Ränderaal sah, kündigte er ihr die Stellung „wegen Diebstahls“, und auch die erste Verkäuferin wurde wegen widerrechtlicher Herausgabe der Stüchchen entlassen. Die Klägerin beteuerte sofort, daß ihr ein Diebstahl völlig fern lag, sie habe nur die Absicht, die Koststücke zum Sonntag zurückzugeben. Trotzdem die Beweisaufnahme in der mündlichen Verhandlung die Beschuldigung ergab, daß die erste Verkäuferin K. persönlich die Stüchchen für das Personal zur Sonntagkost abgemessen hatte, blieb der Beklagte dabei, daß die Klägerin gestohlen habe und dabei von der Verkäuferin K. begünstigt wurde. Die Damen wollten offenbar einmal, hinter seinem Rücken fettliche machen. Das Kaufmannsgericht entschied, daß von einem Diebstahl seitens der Klägerin gar keine Rede sein könne. Eine so schwere ungerechtfertigte Ehrenkränkung brauchte sich Klägerin nicht gefallen zu lassen, sie habe darum die Stellung mit Recht verlassen. Der Beklagte wurde zur Zahlung des Restgehältes von 261 M. verurteilt.

Aus der Wäschefabrik in die Munitionsfabrik. Eine Plätterin, die in einer Wäschefabrik beschäftigt war, wo sie in letzter Zeit einen sehr geringen Akkordverdienst erzielte, nahm besser lohnende Arbeit in einer Munitionsfabrik an. Weil sie die Arbeit ohne Anbindung aufgegeben hatte, wurde sie von der Firma beim Gewerbeamt auf Zahlung der gesetzlichen Buße in Höhe eines Wochenlohnes verklagt. Aus Prinzip — sagte der Vertreter der Firma — wollte er die Klage durchsetzen, damit sich derartige Fälle nicht wiederholen. Die Beklagte sei schon die zweite Arbeiterin, die aus seinem Betriebe ohne Kündigung abgegangen sei, um in der Munitionsfabrik zu arbeiten. — Die Beklagte machte dagegen geltend, daß ihr Akkordverdienst auf 14 bis 16 M. wöchentlich zurückgegangen sei, und zwar infolge einer Änderung in der Behandlung der Wäsche, wodurch das Plätten erschwert und die Arbeitsleistung vermindert worden sei. Ferner wies sie darauf hin, daß sie eine alte Mutter zu versorgen habe und unendlich mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 15 M. auskommen könne. In der Munitionsfabrik verdiene sie bis 30 M. wöchentlich. — Das Gericht hielt die Rechtslage dieses Falles für nicht zweifelhaft und schlug deshalb einen Vergleich vor, der auch dahin lautete, daß sich die Beklagte verpflichtete, an die Wäschefirma 10 M. in Wochenraten von je 1 M. zu zahlen.

Die weifliche Pflicht. Der Milchhändler Dolgener war öfter auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin dabei beobachtet worden, wie er mit einem Korb aus den vollen Fässern Milch entnahm, um die Fässer dann nachher aus einer Kanne mit einer weiflichen Flüssigkeit wieder aufzufüllen. Er wurde dann von der Behörde dabei abgefaßt und die Flüssigkeit, mit der er die Fässer auffüllte, wurde chemisch untersucht. Es stellte sich heraus, daß sich in der Kanne ein Gemisch von 90 Teilen Wasser und 10 Teilen Milch befand. Durch diese Mischung wurde also die Milch in den Fässern verfälcht. Das Landgericht I verurteilte Dolgener zu fünf Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. Außerdem wurde die Veröffentlichung der Bestrafung angeordnet. Das Kammergericht vertwarf die vom Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision.

Im Schiffmann-Prozeß ergriff gestern, nachdem der Verteidiger Dr. Alexander seine Ausführungen beendet hatte, Rechtsanwalt Dr. Borthauer das Wort. Der nach längeren juristischen Ausführungen den Geschworenen anheimstellte, die erste Schuldfrage zu bejahen, dem Angeklagten aber mildernde Umstände zu betonen. Auf Borthauer's Rede folgten längere Ausführungen der Staatsanwälte und der bisher zum Wort gekommenen Verteidiger. Dann wurde die Verhandlung auf Montag vertagt. Optimisten nehmen an, daß der Dauerprozeß am Dienstag oder Mittwoch zu Ende gehen werde.

Aus aller Welt.

Die Refrolog-Journalisten. Das „Journal de Genéve“ meldet zur Abreise der Philadelphia, des ersten transatlantischen Dampfers, der seit dem Beginn des unbedingten U-Boot-Krieges durch die Geladenzonen fuhr: Von 200 Personen, die Karten für die erste Klasse genommen hatten, sind nur 61 an Bord gegangen. Diese blieben entschlossen, die Reise anzutreten, und ließen sich auch durch die Anwesenheit zahlreicher Journalisten im Zug von London nach Liverpool nicht aus der Fassung bringen, die von ihnen näher Angaben für die Refrologe haben wollten, die sie vorbereiteten.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche abends 8^{1/2} Uhr: I. bis 6. Abteilung Montag, den 4. März, Ränderaler Str. 62. Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Verhandlungen. Gäste haben einmütigen freien Zutritt. Teilnehmer, welche gemäß sind, sich an der stattfindenden Verleihung zu beteiligen, werden ersucht, ihren Namen und Wohnung beim Vorsitzenden schriftlich anzugeben. Gustav Dietrich, Vorsitzender, Berlin NW 23, Nollendorfstraße 25.

Freizeitsport-Gemeinde. Sonntag, den 4. März, vormittags 9 Uhr, Doppelallee 15/17. Reutlin, Beuelaffino, Reichelstraße 8; Oberlöhnensweide, Alarstr. 2. Freizeitsport-Vorlesung. — Vormittags 10^{1/2} Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Ernst Baumig; Wanderungen durch die Reichelstraße. II. Die Entdeckung des Christentums. Nachmittags 5 Uhr im großen Saale von Obigle, Rappentstr. 29, Entdeckung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Gesellschaft findet für Abonnenten Einbest. 3. 1. Teil 18/2, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Briefstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Alle Fragen trägt man in die Briefstube vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringt man in die Briefstube mit.

Fr. 5. 1. Ja. 2. Das Spargulden gelangt erst nach Beendigung des Krieges zur Auszahlung. — Ungerecht 25. 1. Rein. Sie müßten vorher Abschrift genommen haben. Ob sich in dieser Sache überhaupt noch etwas tun lassen, werden wir nach Rücksprache mit einem Steuerkommissionsmitglied entscheiden. — Fr. 6. 25. Lebensmittelabteilung des Magistrats. — Fr. 7. 9. Sie haben keine weiteren Ansprüche. — Fr. 8. 1.

1. Ja. 2. Wegen Zahlung der Zinsen muß erst Klage erhoben werden, dann kann Zwangsvollstreckung erfolgen. — Fr. 9. 25. Werden Sie sich mit einer Beschwerde an den Gemeindevorsteher Ihres Ortes. — Fr. 10. 26. Zum Unterhalt der Eltern sind die Kinder verpflichtet. Wer dazu zunächst herangezogen werden kann, richtet sich nach den Einkommensverhältnissen. — Fr. 11. 2. Die Feuerungsanlage ist feinerzeit nur Staatsbeamten gewährt worden. — Familie 5. Die Post kann nicht gezwungen werden, Erlaubnis zu erteilen. — Fr. 12. 7. Das liegt bei der Entscheidung des Militärgerichtes. 2. Kriegsversicherungsanstalt bis 1918. — Eßdom. Sie müssen einen Post haben, der Ihnen von Polizeipräsidien ausgestellt wird. 2. Rein. — Fr. 13. 1. Sie müssen vorher die Genehmigung Ihres und ebenso die des dortigen Gemeindevorstehers einholen. 2. Wenn der Soldat in Garnison ist, dürfen Vokale von 6 Pfund zu einem Postlokal von 30 Pf. versetzt werden. — Fr. 14. 24. Die Rein Aluminium* gestempelten Gegenstände fallen unter die Beschlagnahme; wegen der anderen müßten Sie einen Sachverständigen befragen. — Fr. 15. 1888. 1. Erschöpfende Auskunft erteilt am besten die Redaktion einer technischen Zeitschrift.

3. 2. Typographische Mitteilungen*, Leipzig, Salzmannstraße 9, oder „Deutscher Buch- und Einbinder“, Berlin W 57, Dammstraße 19. 2. Meisterprüfung bei der Handwerkskammer. 3. Rein. — Fr. 100. Sie hätten ein solches Gesuch an das General-Kommando zu richten. Die Jahrgänge bis 1872 sollen nicht mehr im Frontdienst Verwendung finden. — Gachette 100. Sie müßten das ausländische Geld annehmen. — Fr. 6. Eine Klage ist wegen Verjährung aussichtslos; Sie müßten versuchen, sich gütlich zu einigen. — Fr. 10. 1. Sie haben die Unterklage nach § 14 Lage zu beantragen. 2. Gehen Sie einmal persönlich zum Bezirkskommando. 3. Wegen der Lebensmittelkarten wenden Sie sich an die Lebensmittelabteilung des Magistrats.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Zeitweise aufhellend, jedoch bewölkt und etwas neblig mit geringen Schneefällen; vom Nordosten nach Südwesten fortziehende weitere Abkühlung.

Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Es fielen:

6. Wahlkreis.
Am 22. Januar infolge eines Kopfschusses der am 16. Januar erst aus dem Urlaub ins Feld zurückgekehrte Genosse
Franz Vogt
Schleier,
Liefenstr. 10, Bezirksführer im 6. Wahlkreis, im 36. Lebensjahre.
Am 1. Februar der 25jährige Arbeiter
Otto Burkhardt
Gottschmidt 9,
17. Abt., Bez. 835a.
Durch Lungenschuß am 25. Januar der 31 Jahre alte Buchbinder
Fritz Dobbertin
Kuppiner Str. 14,
8. Abt., Bez. 565.

Wahlverein Weisensee.
Am 2. Januar der Maschinenarbeiter
Max Graskowski
Sebanstr. 77, Gruppe 2.

Wahlverein Reinickendorf-Ost.
Am 1. November 1916 unter am 24. Oktober schwerverwundet in französische Gefangenschaft geratene Genosse
Emil Baum.

Es starben:

Wahlverein Treptow-Baumschulenweg.
Am 14. Februar an den Folgen einer schweren Verwundung im Alter von 19 Jahren der Bergungsmacher
Heinrich Ebert.

Wahlverein Adlershof.
Am 4. Dezember an den Folgen eines Kopfschusses der Arbeiter
Max Gronius.

Ehre ihrem Andenten!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Fritz Goethe
Wilmersdorf, Wagnerstr. 10/11, am 27. Februar gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 3. März, nachmittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Wilmersdorf aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Robert Pehle
Landsberger Str. 115, am 27. Februar gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 3. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes am Tempelhofer Weg aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Willi Timmick
Alteisenhändler 15, am 27. Februar gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 3. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes am Tempelhofer Weg aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher
Otto Rackow
am 25. Februar gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 5. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes, Hermannstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenten!
Rege Beteiligung erwartet
131/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchhändlerverband.

(Zahlstelle Berlin.)
Unsern Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Kartonnier
Heinrich Neuner
nach kurzem Krankenlager am 28. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 3. März, nachmittags 1^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
25/10 Die Ortsverwaltung.

In Freien Stunden.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Borchardt, Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Zum 31. Geburtstag meines innig geliebten, unvergeßlichen Mannes, des Landsturmmannes
Adolf Knitter
Infanterie-Regiment Nr. 175, gefallen am 10. Oktober 1916.
Er ist dahin, den meine Seele liebt,
mein treuer Gatte und mein ganzes Glück.
Er ist dahin, der einst mein Herz beglückte
und läßt im Trennungschmerze mich zurück.
Ich hab' ein schönes, kurzes Glück belesen,
nun ruht's auf ewig, von mir unversehrt.
Du warst meines Lebens Freude,
Du warst meines Daseins Glück.
So lächerlich Du von mir gegangen,
weil ich Dein Alles auf der Welt.
Seit früher Kindheit hattest Du gelitten
und mußt'st unter Fremden weilen,
dieweil Du keine Mutter hattest.
Trotzdem hast Du mit Geduld
und immer war der Schlaf in Deinem Brief:
„Mein treues Lieb', auf ein geliebtes Wiedersehen!“
Wenn einstmals wird der Sleg-einzig kommen
und so mancher kehrt ins Heimatland zurück,
dann werde ich von fernem seh'n
Befommen, denn der,
den ich geliebt, kehrt nie mehr zurück.
So schied denn wohl in fremder Erde,
wenn es ein Wiedersehen gibt,
muß ich bereit wiederfinden,
was sich auf Erden treu geliebt.
In schmerzlicher Erinnerung
gehobelt von Deiner lieben Frau
Berta Knitter geb. Kürze,
Schönbauer Allee 97.
Wer Dich geliebt, weiß meinen Schmerz.
Wenn Frieden ist, bring' ich Dir Blumen.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen lieben Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen und Vereinen meinen herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen
Ww. Ida Freidank u. Angehörige.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Lichterfelde.

Die Zusatzbeiträge zur Familienversicherung gemäß § 23a der Statuten können von heute ab nur vormittags in der Zeit von 8—11 Uhr vormittags an der Kasse gezahlt werden. Alle übrigen Zahlstellen und Zahlstunden werden aufgehoben.
Berlin-Lichterfelde, den 1. März 1917.
Der Vorstand: 274/16
Hans Richter, Vorsitzender.

Kranz- u. Blumenpenden

schnell und Mtig.
Turmstraße 56
Roabit 6134.
Dabers
Arbeiter
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Möbel-Beiser

Lothringer Straße 67
Hofert auf
bequemste Teilzahlung
und gegen bar
Wohnungs-Einrichtungen
Riessenauswahl komplett aufgestellter
Wohn-, Schlaf-, Speise- u. HerrensZimmer
in jeder gewünschten Holz- und Stilart.
Sinzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen.
Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet!

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede u. verw. Gewerbe Deutschlands

Zahlstelle 13.
Den Mitgliebern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Friedrich Bormann
Schöningstr. 19
verstorben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet Sonntag den 4. März, nachmittags 2^{1/2} Uhr, von der Halle des Bismarck-Friedhofes aus statt.
289/18 Die Ortsverwaltung.

Zum 42. Geburtstag.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 4. Januar 1917 mein lieber Mann, der Grenadier
Rudolf Palm
Kohlenhändler, Rixdahlstr. 35.
Seine letzten Worte waren:
Lebenslust, ich kehre nicht wieder heim.
Seine hohe Klugheit wurde trübe.
Und nun bin ich ganz allein.
Dies zeigt im tiefsten Schmerz an
Frau Luise Palm
geb. Grunert.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Worden

Bei Einzelkauf empfindlich.

- Drogen, Farben**
Königsberger Str. 23
Königsberger Str. 23
- Fleisch-u. Würst.**
Wilmersdorf
Gutschmanns Centr. Str. 131.
- Herrn-, Damen-, Knaben- u. Mädchen-Garder.**
Veteranenstr. 14
fertig u. n. Maß
- Kolonialwaren**
Streitauer Str. 57
- Mobilhandlungen**
C. E. Fluk, Pankstr. 92.
- Möbelmagazin**
Reinickendorfer Str. 37
Tischlermeister

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten

Erachtet vorteilhaft einzeln.
Bei Einzelkauf empfindlich.

- Butter, Eier, Käse**
P. N. Ackermann, 8 Filialen
- Mobilhandlung**
Königsberger Str. 23
- Photograph, Ateliers**
Haynen, Frankfurt Allee 92
Kgl. Ringstr. 11
Jak. F. Focke, Allee-Str. 38 & Adressenplatz
- Schuh- u. Besohlenstellen**
Petersburger Straße 48.
- Veranstaltungen**
Königsberger Warenhaus Max Flemming
Wall-Str. 11, Verw.-Lsg. 25.

Wunderbare Frühjahrs-Modelle

Fesche Kostüme u. Mantelkleider
Bunte Stoffe, flotteste Formen, erstklassige Neuheiten

200,—	250,—	300,—
Gediegene Kostüme, solide Gesehmackrichtung	100,—	75,00
Falköper (Coverlet-Mantel)	100,—	75,—
Selbstkleider (Modelle)	150,—	100,—

Setagummi (Reidennmante)
ges. gesch. Bestes Material, fesche Formen, gediegene Anfnachung.

180,—	100,—	75,—	50,—
Gummimantel, gute Stoffe, mit passender Kappe	40,—	35,—	35,—
Herrngummimantel in allen Größen	75,—	65,—	45,—
Lodenpelzerten	35,—	30,—	25,—

Schwarze und farbige Röcke 12,— bis 25,—

Pelzmäntel — Plüschmäntel — Ulster.
Kostbarer Breitwollwoll, Pelz, Seal-Bleam, Electric, Fohlen

2500,—	3000,—	1500,—	600,—
Gediegene Phantasie-Pelzmäntel mit echten	125,—	100,—	75,—
Bestücken	125,—	100,—	75,—

Sportjacken 25,—
Einsegnungskleider in großer Auswahl
Sammt, Seide, Stoffe

Passende für stirkte Figuren vorrätig.
1. Geschäft:
Mödenstraße 17a.

Sonntags geöffnet
12—2 Uhr.

Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Anzahlung.

Westmann

11. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 115.